Mittwoch, 20. Mai 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 99

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme von Sonn- und Festtagen. Bezugspreis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzstraße 50. Telephon 480 30. Geschäftsstelle: Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Kreuzstraße 50. Telephon 480 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13 Uhr. Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpedition: Glatz, Zuzug 6. Telephon 22 54. Geschäftszeit von 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Fortschritt" AG., Bl. Breslau, Kreuzstraße 50. Telephon 484 55.

Bauernhilfsprogramm der KPD.

Der Angriff auf das Land beginnt — Ein historisches Dokument im Dienst der Volksrevolution
Einstellung der Reparationszahlung, Aufhebung der Steuern für die Kleinbauern — Wir fordern Alters- und Krankenfürsorge für die Kleinbauern — Arbeiter und Bauern im gemeinsamen Kampf

Wir veröffentlichen heute das hochbedeutsame KPD.-Programm der Hilfe für die werktätigen Bauern, das der Führer der deutschen Kommunisten, Genosse Ernst Thälmann, in seiner Rede am Vorabend der Oldenburgischen Landtagswahlen (siehe Beilage) der Oeffentlichkeit übergab. Die Kommunistische Partei ruft die Arbeiter, Angestellten, die unteren Beamten und Kleingewerbetreibenden auf, den Kampf der blutenden Bauernmillionen um ihre nackte Existenz zu unterstützen und gemeinsam mit der Bauernschaft die Pfändungen und Zwangsversteigerungen zu verhindern.

Dieses historische Dokument muß in alle Dörfer, auf das ganze flache Land getragen werden. Ueberall müssen sich die Arbeiter der Stadt mit dem Landproletariat und der werktätigen Bauernschaft verbünden und ihr beweisen, daß die Kommunistische Partei allein für die Rettung der hungernden Bauernmassen gegen die Hungeraktion der Volksfeinde kämpft.

Hilfe für die unterdrückten Bauern

Die Schulden der kleinen und mittleren Bauern, Winzer, Gemüsebauern und Kleinfischer betragen mindestens 5 Milliarden Mark!

Wir verlangen Niederschlagung dieser Schuldenlast!

Die Schuldenzinsen der werktätigen Bauern an die Banken und Geldwucherer betragen jährlich mindestens 500 Millionen Mark!

Weg mit diesem Tribut an das Finanzkapital!

Die direkten Steuern der kleinen Bauern betragen mindestens 150 Millionen Mark jährlich!

Wir fordern Aufhebung dieser Steuerlast und Herabsetzung der Steuern für die Mittelbauern!

Die indirekten Steuern, die den werktätigen Bauer beim Kauf von Produkten stark belasten und durch Verteuerung der Lebenskosten der städtischen Massen den Absatz der Produkte der Bauernwirtschaft stark einschränken, eine Hauptursache der großen Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen sind, betragen rund 5 Milliarden Mark!

Wir fordern Aufhebung der indirekten Steuern!

Die Pachtlasten der werktätigen Bauern betragen jährlich mindestens 400 Millionen Mark.

Wir fordern Aufhebung dieses Tributs an die Großgrundbesitzer!

18 000 landwirtschaftliche Großbetriebe verfügen in Deutschland über 5,2 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (ungerechnet Forstbesitz).

Wir fordern entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und unentgeltliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernsöhne!

2,5 Milliarden Mark gibt die Brüningregierung für sogenannte „Osthilfe" den ostelbischen Junkern, Großbauern und Bankherren.

Wir fordern staatliche Beihilfe für die werktätigen Bauern, Bereitstellung der 2,5 Milliarden Osthilfemittel ausschließlich für die Werktätigen!

Die Futtermittel- und Industriezollpolitik der Brüning-Schiele-Regierung erhöhen die Produktionskosten der bäuerlichen Wirtschaft um etwa 40 Prozent. Die Getreidezölle verteuern die Lebenshaltung der auf Zukauf von Brotgetreide angewiesenen Kleinbauern, schränken die Konsumkraft der Massen und damit die Absatzmöglichkeit für die Produkte der Bauernwirtschaft enorm ein.

Wir fordern Aufhebung der volksfeindlichen Zölle!

Hunderttausende kleine Bauern, Bauernsöhne und Töchter haben durch Massenarbeitslosigkeit den zur Erhaltung der bäuerlichen Existenz notwendigen Verdienst aus Lohnarbeit verloren. Die Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Deutschland bedeutet allein eine Verminderung des Masseneinkommens und der Konsumkraft um 5 Milliarden Mark jährlich. Wiederherstellung dieser Konsumkraft bedeutet Erweiterung des Absatzmarktes für landwirtschaftliche Produkte um 40 Prozent des Gesamtwertes der deutschen landwirtschaftlichen Produktion. Das von der Kommunistischen Partei aufgestellte Programm zur Arbeitsbeschaffung durch Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden in der Woche mit Lohnausgleich, Wohnungs- und Straßenbau, Flußregulierung usw., ermöglicht Arbeit für alle Arbeitslosen und Hebung der Massenkaufkraft.

Wir fordern beschleunigte Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der KPD.!

Durch Gesetze und Verordnungen haben der Reichstag und die Regierung bestimmt, daß Zehntausenden der von Arbeitslosigkeit Betroffenen, auf Lohnarbeit angewiesenen Kleinbauern, Bauernjugend, wie auch die Kleinfischer, keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, damit der Ruin ihrer kleinen Wirtschaft beschleunigt wird.

Wir fordern volle Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, auch für die von Arbeitslosigkeit betroffenen kleinen Bauern, die Bauernjugend und Kleinfischer!

Die Belastung durch Altenteile, zur mehlerworbenen Sicherung des Lebensabends der alten Bauern und Bäuerinnen, ist für hunderttausende bäuerliche Betriebe untragbar geworden. Ausgaben für erkrankte Familienmitglieder (Arzt und Arzneikosten usw.) können größtenteils von den bäuerlichen Massen nicht mehr getragen werden. Altenteil und Krankenkosten belasten die bäuerlichen Wirtschaften mit mindestens 500 Millionen Mark jährlich.

Wir fordern staatliche Alters- und Krankenfürsorge für die Kleinbauernschaft, Winzer und Fischer!

Durch ihre faschistische Verordnung vom 27. März 1931 verfügte die Brüning-Schiele-Regierung zugunsten der Großagrarier die zwangsweise Einschränkung des Anbaues von Zuckerrüben um 30 bis 40 Prozent für die bäuerlichen Zuckerrübenpflanzer. Mit Hilfe des Reichsbranntweinmonopols verfügt die Regierung zugunsten der großen Brennereien eine unerhörte Einschränkung des Brennrechtes der kleinbäuerlichen Brenner.

Wir fordern sofortige Aufhebung der Zuckerrüben-Kontingentierungs-Verordnung vom 27. 3. 1931 und Aufhebung der Beschränkung des Brennrechts der bäuerlichen Kleinbrenner!

Die Unternehmer führen eine unerhörte Offensive zum Abbau der Löhne der Arbeiter und Angestellten um 10 bis 30 Prozent. Die Durchführung dieses Lohnraubes würde eine Senkung der Massenkaufkraft um weitere 4 bis 5 Milliarden Mark und damit weitere Einschränkung des Absatzmarktes für Agrarprodukte um etwa 30 bis 40 Prozent des Gesamtwertes der deutschen landwirtschaftlichen Produktion bedeuten, ferner auch Senkung des Einkommens der noch in Lohnarbeit stehenden Kleinbauern und der Bauernjugend. Unter Führung der Kommunistischen Partei und der RGO. muß deshalb die werktätige Bauernschaft den Kampf des Proletariats unterstützen:

Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Rund 2 Milliarden Mark jährlich betragen die durch den Youngplan festgelegten Reparationslasten, die die deutschen Kapitalisten voll und ganz aus den arbeitenden Massen herauspressen.

Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!

Kampf für die Besserung der Lage der Arbeiter und Bauern, für die Arbeiter- und Bauernregierung, für ein freies sozialistisches Deutschland!

Panzerwagen, Maschinengewehre, Hundertschaften

Sagan, 19. Mai. (Eig. Meld.) Am Montagnachmittag gegen 17 Uhr durchfuhr eine volle Hundertschaft Polizei auf vier Autos zu je 25 Mann die Stadt in der Richtung Glogau, gefolgt von einem Panzerauto (Sonderwagen) mit Maschinengewehren. Da am kommenden Sonntag in Glogau der Rote Pfingstaufmarsch der Arbeiterschaft gegen den Stahlhelm stattfinden wird, so ist sicher, daß Herr Severing seine Gummiknüppelgarde nach Glogau schickt, um die Straße für den Stahlhelm zum 31. Mai freizumachen.

Arbeiter, Werktätige! Das sind die Vorbereitungen der Bourgeoisie für den Aufmarsch der Stahlhelmbanden, für die Niederschlagung der Arbeiterschaft.

Severing rüstet — rüste auch du!

Arbeiter, Werktätige, Augen auf! Unterrichtet sofort eure Presse, wenn ihr Vorbereitungen der Kapitalsknechte, der Stahlhelmbanden und der Polizei beobachtet!

Auf zum Roten Pfingst-Aufgebot!

Breslau: 15 Uhr auf dem Neumarkt für die UB. Breslau, Ohlau, Brieg, Strehlen, Oels. / Waldenburg: 14 Uhr Barbarastraße für die UB. Waldenburg, Riesengebirge, Schweidnitz, Bolkenhain. / Langenbielau: 14 Uhr „Hufeisen" für die UB. Langenbielau, Glatz, Habelschwerdt, Neurode. / Glogau: 14 Uhr Franziskanerplatz für die UB. Glogau, Grünberg, Sagan. / Kozenau: 15 Uhr am Ring für die UB. Liegnitz und Bunzlau. Görlitz: 12 Uhr Elisabethplatz für die UB. Görlitz und Lauban.

Die Ortsgruppen müssen sofort ihre Sammelpunkte und Abfahrtszeiten zur Veröffentlichung an die VL. einsenden und die notwendigen Anmeldungen der Autofahrt und Radfahrtkolonnen, Transparente bei der zuständigen Polizeibehörde, beim Landratsamt, Regierungspräsidium oder Oberpräsidium vornehmen.

Waldenburger Bergland

Die Sozialfaschisten elende Verleumder!

BAV-Hoffmann – ein notorischer Lügner

Durch die Berichterstattung über die Massenentlassungen auf der Melchiorgrube und der elenden Haltung des BAV.-Bonzen Hoffmann zu diesen Maßnahmen der Grubenbarone fühlt sich Hoffmann auf den Schwanz getreten, und versucht nun in einem Artikel in der „Dreckwacht", durch ganz gemeine Lügen und Verleumdungen das wettzumachen, was er in der betreffenden Betriebsratssitzung durch seine verräterische Haltung an der Belegschaft der Melchiorgrube verbrochen hat. Diese Dementis einer Bürokratie à la Hoffmann kennen wir bereits. Da Hoffmann nicht imstande ist, die Feststellungen der „Arbeiter-Zeitung" zu entkräften, greift er zu den gemeinsten Lügen, indem er behauptet, der kommunistische Betriebsratsvorsitzende hätte vor dem 1. Mai Ferien genommen, um sich nicht in die Urlaubslisten für den 1. Mai eintragen zu lassen. Dabei steht es fest, und auch die reformistischen Betriebsräte mußten das in der Belegschaftsversammlung zugeben,

daß unser Genosse vor dem 1. Mai und unmittelbar nachher nicht Ferien hatte, sondern unbezahlten Urlaub, da er zum ersten roten Verbandstag der Bergarbeiter delegiert war.

Wir erklären vor der gesamten Arbeiteröffentlichkeit den BAV.-Bonzen Hoffmann als **gemeinen Lügner, und fordern ihn auf, gegen uns Klage anzustrengen.**

Des weiteren versucht er, die Haltung der roten Betriebsräte in der Frage der Arbeitszeitverkürzung ins schlechte Licht zu stellen, weil ihm die Erörterung dieser Frage sehr peinlich war. Zum Schluß wirft sich dieser Lohnräuber noch einmal in Positur und schreibt: **„Wenn der Direktor die Sitzung leitet, äußere ich mich zu solchen Fragen grundsätzlich nicht."** Nur nicht so dickköpfig, alter Demagoge! Denn wenn man **vor und nach der Sitzung demselben Direktor mit größter Liebenswürdigkeit die Hand schüttelt und auch bei dem sogenannten „gemütlichen Beisammensein" dem Direktor gegenüber die Liebenswürdigkeit selbst ist, hat man wirklich keinen Grund, deshalb sich nicht zu äußern.** Mit diesen Mätzchen können diese Bürokraten wohl in der „Dreckwacht" über kommunistische Betriebsräte herziehen, aber nicht vor den Arbeitern in den Belegschaftsversammlungen, denn hierzu sind sie zu feige und wissen genau, daß die Bergarbeiter diese Verleumder aus dem Saale jagen würden.

Die Kumpels der Melchiorgrube stehen nach wie vor zu den roten Betriebsräten und beweisen durch die Wahl von Kampfausschüssen, daß sie gewillt sind, einen neuen Verrat der Hoffmann u. Co. nicht tatenlos über sich ergehen zu lassen.

Aus dem Sumpfe sozialdemokratischer Betriebsräte-Praxis!

Sozialfaschisten und Renegaten sorgen für Entlassung „mißliebiger" Arbeiter

Schweidnitz. Eine treffende Illustration, wie auch die sozialdemokratischen Betriebsräte immer mehr verlumpen, liefert folgender Fall bei der „berühmten" Firma Aaron:

Das frühere Betriebsratsmitglied, der parteilose Arbeiter **Fiolka**, welcher seit zirka fünf Jahren bei Aaron tätig war, hat es nicht verstanden, sich bei den „Herren Betriebsräten" Hielscher, Eibner und Co. so beliebt zu machen, wie diese Verräter der Arbeiterschaft es gewohnt sind. Am 15. Mai kam wieder ein Teil der ausgebeuteten Proleten dieses Werkes zur Entlassung. Darunter war der genannte Kollege F. **Wie jedoch diese Entlassung vor sich gegangen ist und welcher Lumpereien Hielscher und Eibner fähig sind, sollen einige Taten derselben klar aufzeigen.**

Die beiden kapitalistischen Helfer erhoben, trotzdem sie wissen, daß viele Doppelverdiener zur Entlassung kommen müßten, die Forderung bei dem zuständigen Meister: „Fiolka soll zuerst entlassen werden!" Trotzdem der Meister das ablehnte, fanden diese „Vertreter der Belegschaft" Mittel und Wege, nach sozialfaschistischer Art eine „Begründung" für ihr erbärmliches Verhalten auszuhecken. Dabei hat auch der „liebe Kollege" und Herr Gewerkschaftssekretär Hutsch vom DMV. sein Teil beitragen müssen. Von dem Kollegen F. wegen ihres schmutzigen Verhaltens zur Rede gestellt, versuchten Hielscher und Eibner auf jede Weise zu kneifen. Erst nach der Entlassung wollten sie eine gewundene, verlogene Erklärung abgeben, durch welche sie, im Beisein des Meisters, ihr wahres Gesicht noch mehr entlarvten, als es bisher der Fall war.

Welche guten Eigenschaften Eibner, das bekannte Frauchenbaby der SPD., außerdem noch besitzt, sei in folgendem aufgezeigt: Er markiert im Betrieb, während der Arbeitszeit den Werkspolizisten, schmeißt organisierte Kollegen aus dem Arbeitssaale hinaus, verprügelt diese mit einer Latte nach besten Kräften, oder zeigt andernfalls, wie lumpig seine Gesinnung ist, indem er vorgeht, wie der Fall Fiolka zeigt. Einen unbestrittenen Ruhm hat Eibner: **Er bekämpft den Alkohol nach besten Kräften, indem er sogar während der Arbeitszeit besoffen herumturnt.** Die Aufsichtsräten sehen das nicht. Auch versteht es Eibner sehr gut, private Arbeiten für eigenen oder Clauen-Bedarf während seiner Arbeitszeit zu verrichten. Mit allen Mitteln versucht er, sich als wahres Mitglied der SPD. und des DMV. zu betätigen, und um jeden Preis sich uns Konsorten im Betriebe zu halten.

Es wird Zeit, daß die Arbeiterschaft (und die Belegschaft von Aaron besonders!) sich diese Sumpfblüten ihrer Klasse etwas näher betrachtet und sie aus allen Vertrauensposten rauswirft. Denn nur klassenbewußte, nicht vom Alkohol dauernd hypnotisierte, ehrlich denkende und handelnde Kollegen sind fähig, die Arbeiter zum Kampf und Erfolg zu führen. Das einstweilen als Prolog zur Stadtverordneten-Einführung des Eibner am Donnerstag.

B Hallo! wo bleiben die Bestell-Listen für die Ausgabe B? / Genossen! sofort einsenden an Schles. Verlags-G.m.b.H., Breslau 10, Trebnitzer Str. 50

Freiburg

Achtung, Parteigenossen!

Donnerstag, 19,30 Uhr, findet im „Grünen Baum" eine Gesamtzellenversammlung statt. Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß jeder erscheint.

Die Ortszellenleitung.

Landeshut

Heraus zur öffentlichen Versammlung!

„Unsere Antwort auf den Stahlhelmaufmarsch!" Ueber dieses Thema spricht am Donnerstag, dem 21. Mai, 20 Uhr im „Schießhaus" Landtagsabgeordneter Oskar Müller.

In den Fischbacher Felsen tödlich verunglückt

Der 21 Jahre alte Kreissparkassenvolontär R. Tuffel aus Landeshut, der mit zwei Freunden einen Wochenendausflug nach Fischbach im Riesengebirge unternommen hatte, ist bei einer Kletterpartie von einem 35 Meter hohen, steilen Felsen abgestürzt. Er wurde von Sanitätern noch lebend gefunden, verstarb aber bereits auf dem Transport nach Jannowitz.

Bolkenhain

Die „Lügenwacht" am Pranger

Wenn es gilt irgendwelche politischen Schandtaten der SPD. zu verschleiern, dann ist es das Bestreben der „Bergwacht", von den Arbeitern auch „Lügen- oder Dreckwacht" genannt, dies den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. So wird auch der Uebertritt der hiesigen Ortsgruppe der Freidenker zu dem „Bunde proletarischer Freidenker" dazu benutzt, um die Kommunisten der Spaltung zu bezichtigen. Was ist daran nun Wahres? Der Genosse Hiller war es gewesen, der vor einigen Jahren mit vieler Mühe eine Ortsgruppe der Freidenker hier ins Leben rief. Von allen Mitgliedern, zum Teil sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, wurde Hiller in der diesjährigen Generalversammlung wieder zum Vorsitzenden gewählt, und zwar gemeinsam mit sämtlichen Mitgliedern der gesamten Leitung einstimmig. Jedoch kurze Zeit darauf wurde von der Geschäftsstelle Breslau erklärt, daß die Wahl ungültig sei, und zu einer neu einzuberufenen außerordentlichen Generalmitgliederversammlung der „berüchtigte" Leichen-Pietsch selbst erscheinen und die Wahl leiten werde. Die Versammlung wurde einberufen, und wer nicht erschien war Leichen-Pietsch, dem es auf einmal mulmig geworden war. In der Versammlung wurde nun das Gebaren Leichen-Pietschs von sämtlichen Anwesenden als Diktatur zurückgewiesen und es wurde der Uebertritt zum Bunde proletarischer Freidenker beschlossen. Dies sind die Tatsachen. Nur einige acht oder neun Mann vollzogen nicht den Uebertritt, und die im DFV. verbliebenen Aust und Finke, die sonst bei den Wahlen jede Funktionsannahme aus den nichtigsten Gründen ablehnten, sie wurden jetzt Vorsitzende des kleinen Restes der „Unentwegten". Auf die Lüge in der „Dreckwacht", daß Genosse Hiller unter falschen Voraussetzungen die Bücher eingezogen hat und auch Beitragsgelder nicht abgeliefert hat, ist nur zu bemerken, daß Mitglieder, die entfernt wohnen, ihre Bücher an die ihnen bekannte Adresse des Genossen Hiller sandten. Die Restbeiträge konnten nicht abgeliefert werden, da ja gerade diejenigen, welche nicht übertraten, mit ihren Beiträgen im Rückstande verblieben sind, so daß deren Rückstände sich als Fehlbeträge erwiesen haben.

Trotzalledem, trotz alles Dreckbewerfen seitens der „Lügenwacht", die Kampfgemeinschaft proletarischer Freidenker, Ortsgruppe Bolkenhain, wird weiter die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen den Kulturfaschismus, deren Helfer der Deutsche Freidenker-Verband geworden ist, aufnehmen. Da helfen keine Lügenartikel in der „Dreckwacht".

Niederschlesien

Sozialdemokratische Denunzianten im Dienste des Geldsacks

Görlitz. A. K. Der günstige Wind weht uns wieder mal ein Dokument in die Hände, welches in aufschlußreicher Weise die Verseuchung beleuchtet, die der verbrecherische Kurs der SPD.-Führerschaft herbeiführt. Der Verfasser dieses Schanddokuments ist der SPD.-Spitzenfunktionär Witschorke. Er ist Vorsitzender des Freidenkerverbandes, Leiter der SAJ. und Mitglied der Gemeindevertretung in Leschwitz. Da es diesem Zeitgenossen noch nicht gelungen ist, irgendwo eine Futterkrippe zu ergattern, wählte er einen Weg, der so recht dem polizeisozialistischen Charakter der Partei der Polizeipräsidenten angepaßt ist. Der Arbeiter Friebe in der Waggonfabrik war krank geworden, und diese Tatsache schien für Witschorke der willkommene Anlaß zu sein, jetzt endlich etwas zu erreichen. Er setzte sich auf seinen schwarzrotgelben Arsch und schrieb folgende Denunziation:

An Waggonfabrik

Betriebskrankenkasse II, Abt. Waggonbau, Görlitz.

Absender: Witschorke, Leschwitz, Denischstraße.

Erlaube mir Ihnen ein paar Worte zu senden. Bitte sind Sie so freundlich und sehen mal dem Friebe, Bandsägenschneider, mehr auf die Finger. Er hat doch seine Entlassung, ist aber paar Tage zuvor krank geschrieben worden. Meiner Ansicht ist der Mann nicht krank. Denn er arbeitet manchmal die Nacht um 1 Uhr, hat z. B. Schubkarren gefahren, hat nähmlich im Haus reparatur gehabt und die Ziegelsteine weggefahren was doch bestimmt schwere Arbeit ist und noch so verschiedenes. Ich meine es ist doch mit Recht gesagt die Krankenkasse auszunützen aber dieser Mann will sich nicht Stempeln schicken und der Arzt spricht noch vielleicht als Invalide zu bezeichnen.

Ich habe nur die Wahrheit geschrieben.

Es genügt wohl, dieses Dokument einfach hier niedriger zu hängen. Jeder ehrliche Arbeiter, dem nicht alle Scham vor die Hunde gegangen ist, wird es je einschätzen, wie es einzuschätzen ist. Nur in Erinnerung wollen wir hier noch bringen, daß es nicht das erste Mal ist, daß sich dieses schwarzrotgelbe Mustererexemplar etwas Derartiges leistet. Bei der Nitze-Regulierung hat er die Vorarbeiter in Breslau denunziert, um selbst eine solche Stellung zu erlangen, was ihm aber vorbeigelang. Vom Landratsamt werden Krisenunterstützungsempfänger eingestellt zu Notstandsarbeiten. Obwohl Witschorke als Hauptunterstützungsempfänger weiß, daß er für jene Arbeit nicht in Frage kommt, hat er sich schon wiederholt beim Landratsamt um einen Posten als Vorarbeiter beworben. Schließlich gelang es ihm, durch diese Speichelleckerei wenigstens als Arbeiter unterzukommen, obwohl noch viele Krisenunterstützte in Leschwitz vorhanden sind.

Die Arbeiter von Leschwitz haben alle Ursache, sich etwas eingehender als bisher diesen Burschen in Augenschein zu nehmen und zu behalten. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich aber auch darüber klar sein, daß sie für das Tun dieses Witschorke mitverantwortlich sind, wenn sie sich nicht schnellstens von ihm befreien. Dasselbe gilt von den Freidentern. Wir sagen ihnen aber weiter, daß solche Elemente das Ergebnis der Versumpfung sind, die sich in der SPD. im allgemeinen breitmacht, und wenn sie es ehrlich mit sich selber meinen, dann kann es für sie nur eines geben:

Heraus aus der Partei, in der es von solchen Witschorkes nur so wimmelt. Hinein in die KPD., die allein gegen solche Korruptionäre so vorgeht, wie es solche Burschen verdienen.

Sagan

Unverschämte Landarbeiterausbeutung durch adliges Gesocks

Wir berichteten vor einiger Zeit, daß die Gutsverwaltung Annendorf bei Sagan noch vor Ablauf und Neufestsetzung des Landarbeitertarifs an den Löhnen der Landproleten Abzüge von 1 bis 3 Pfennig pro Stunde vornahm, in der Hoffnung, daß es ihnen mit aktiver Unterstützung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie im DLV. gelingen würde, eine Gegenwehr dieser Proleten unmöglich zu machen und diesen rigorosen Lohnabbau ungehindert vornehmen zu können. Trotzdem der Tarif im wesentlichen der alte geblieben ist, haben die Arbeiter ihre Nachzahlung noch nicht restlos erhalten.

Diese unerhörte Provokation wurde aber noch übertroffen, und zwar von dem Junker und Rittmeister von Henripuez, Großgrundbesitzer in Greislitz bei Sagan, welcher einen Lohnabbau von 7 Pfennig pro Stunde an seinen Lohnsklaven durchführte und jetzt angeblich nicht in der Lage ist, diesen Raub zurückzuzahlen.

Obwohl die meisten Arbeiter im DLV. organisiert sind, denkt der Bonze Arlt aus Sprottau gar nicht daran, den Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen, da ja für ihn die soziale Frage gelöst ist. **Die Arbeiter, welche bei diesem Junker ihre Forderungen vortragen, werden von dem noblen „gnädigen Herrn" als Bolschewisten bezeichnet, trotzdem sie zum Teil Mitglied bei den Faschisten sind. Für die Besitzenden ist eben jeder, der sein Recht fordert und sich nicht widerspruchslos ausbeuten läßt, ein Bolschewik.** Durch den Terror des Inspektors sind viele Arbeiter auf dem Gut faschistisch organisiert. Dieser noble Herr marschierte vor vierzehn Tagen als Vertreter der alten österreichisch-ungarischen Armee in funkelnagelneuer Uniform als Paradepferd bei der Kanonenweihe des Artillerievereins im Zuge mit.

Proleten, Landarbeiter, erkennt eure elende Lage und den Verrat der Faschisten sowie der Reformisten an euren Interessen. **Wehrt euch gegen jeden Lohnraub durch den geschlossenen Streik. Schafft euch eine wirklich revolutionäre Streikführung, organisiert euch in der RGO. und im roten Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter. Verjagt die Bonzen vom Schlage eines Arlt. Erst dann wird es möglich sein, die Krautjunker auf die Knie zu zwingen.**

Rothenburg a. O.

Demonstration gegen den Stahlhelmaufmarsch

Große Aufregung herrschte am Sonnabend in dem stillen Städtchen Rothenburg; es war aus seinem Dornröschenschlaf erwacht. Die verfluchten Kommunisten haben sich nun auch in Rothenburg eingenistet. Zum ersten Male seit Bestehen Rothenburgs wurde, mit Unterstützung von Grünberger Genossen, eine Demonstration der revolutionären Arbeiterschaft gegen den Stahlhelmaufmarsch durchgeführt. Unter den Fahnen des revolutionären Klassenkampfes, mit Gesang revolutionärer Kampflieder wurde zum Schrecken der Spießer und zur Freude der werktätigen Bevölkerung vor das Rathaus gezogen. Anschließend an die Kundgebung erfolgte nochmals ein Durchmarsch durch die Straßen. Auch in Rothenburg marschiert die Einheitsfront gegen den Faschismus, für Freiheit und Brot.

Hirschberg

Aus Hunger in den Tod

Auf dem Grabe seines Vaters hat sich in Krommenau der zwanzigjährige Glasschleifer W. Dreßler eine Kugel in den Kopf geschossen. Er wurde nach dem Warmbrunner Krankenhaus gebracht wo er bald darauf gestorben ist. Ueber ein Jahr war Dreßler arbeitslos, er dürfte die Tat aus Verzweiflung hierüber verübt haben.

Ihre größte
Pfingstfreude
sind ein Paar neue
Schuhe
Leichten Herzens trennen Sie sich von ihren alten abgetragenen Schuhen, wenn Sie sehen, mit welchen geringen Geldmitteln Sie sich ein Paar neue, schöne Schuhe kaufen können.
Größte Auswahl, niedrigste Preise bei
Schuh-Blaschke, Strehlen
Ring 11

Thälmann ruft: Kampf der Bauernnot!

Die Rede des Führers der deutschen Kommunisten in Oldenburg — Für das Kampfbündnis der Arbeiter und werktätigen Bauern

Nachstehend veröffentlichen wir die wichtigsten Auszüge aus der Rede des Genossen Ernst Thälmann am Vorabend der Wahl in Oldenburg. In dieser Rede proklamiert der Führer unserer Partei das Bauernhilfsprogramm der KPD.

Genossen und Genossinnen!

Im Namen des ZK. der KPD. und im Namen der roten Klassenfront überbringe ich euch die revolutionärsten Grüße. Oldenburg ist in letzter Zeit in den Vordergrund des politischen Interesses in Deutschland gerückt. Die Wahlen am morgigen Tage haben nicht nur lokale, sondern allgemeine Bedeutung für ganz Deutschland. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, hier im Norden, im deutschen Oldenburg sprechen zu können, in diesem Gebiet, in dem eine so grenzenlose Not der werktätigen Bauern neben der Not des Industrieproletariats zu verzeichnen ist. Unsere Partei ist in diesem Gebiet noch nicht so stark verankert wie in Berlin, dem Ruhrgebiet, Hamburg, Sachsen und anderen entscheidenden Industriegebieten. Aber auch hier beginnt bereits der Boden sich zu lockern.

Die Bauernbewegung, die 1928 hier in einer Reihe von Orten zum

Sturm auf die Finanzämter

führte, stand bereits nicht mehr unter Führung der Nationalsozialisten. Es gilt dieser Verzweiflung und dieser Not der Werktätigen auf dem Lande immer größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Morgen sollen die Werktätigen Oldenburgs zur Wahlurne gehen. Warum ruft auch diese Wahl ein so riesiges Interesse in der gesamten deutschen Oeffentlichkeit hervor? Weil jeder denkende Mensch, weil jeder Politiker weiß, daß der Stimmzettel, daß der Gang zur Wahlurne an sich nichts entscheidet. Weil jeder Politiker weiß: Eine Wahl stellt den armen, gequälten, werktätigen Menschen, der unter den Geißelhieben der kapitalistischen Krise stöhnt, vor die Entscheidung:

mit wem will er in Zukunft marschieren, mit wem will er in Zukunft kämpfen, welchem Ziele will er zukünftig zustreben?

Deshalb sagen wir Kommunisten von Anfang an ganz unzweideutig und klar: Wir buhlen nicht um Stimmen. Wir machen keine Wahldemagogie und leere Redensarten, um die Massen einzufangen und nachher zu enttäuschen.

Wir wollen die Herzen, die Hirne der Massen. Sie sollen für uns stimmen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß sie bereit sind, mit uns zu marschieren, mit uns zu kämpfen, bis dieser schändliche kapitalistische Zustand des Hungers, der Knebelung, der Entrechtung, ein für allemal beseitig ist.

Fast 5 Millionen Erwerbslose schreien nach Arbeit und Brot. Aber selbst die bürgerlichen Oekonomen sagen ihnen höhnisch: Wartet nur, im nächsten Winter wird eure Zahl auf 6 bis 7 Millionen anschwellen.

Millionen Betriebsarbeiter rufen: der Hungerlohn reicht nicht mehr aus, um Frau und Kinder zu ernähren und zu kleiden. Aber die Unternehmer rüsten zu weiterem Lohnraub.

Nicht die Riesengehälter der Minister und höheren Beamten, sondern die nichtauskömmlichen Gehälter der Unteren sollen in erster Linie abgebaut werden.

Der städtische Mittelstand bricht zusammen. Neue Lasten werden ihm auferlegt. Die Kaufkraft der werktätigen Massen schrumpft immer mehr zusammen.

Der arme Bauer, der Siedler und Pächter ist am Ende seiner Kraft

Erbarmungslos bürdet ihm die herrschende Klasse neue Lasten auf und das Finanzamt schickt den Steuerexekutor. Das ganze werktätige Deutschland befindet sich in heller Empörung gegen den Wahnsinn der kapitalistischen Krise, Millionen Menschen stellen nur eine Frage: Wo ist der Ausweg aus dieser furchtbaren Krise?

Und niemand von den bürgerlichen Politikern ist imstande, auch nur einen Hoffnungsstrahl oder „Silberstreifen am Horizont, geschweige denn einen Ausweg aufzuzeigen.

Zusammengebrochen sind alle die Versprechungen, alle die Wahllügen, mit denen die bürgerlichen Parteien, besonders die Nationalsozialisten und die Sozialdemokratie, große Massen der Werktätigen betrügen konnten. Glänzend gerechtfertigt steht die Kommunistische Partei vor den Werktätigen.

Wir haben nichts versprochen. Aber wir haben gesagt: Sowjetrußland zeigt das Beispiel des einzigen revolutionären Auswegs aus dieser Massennot. Allen Verleumdungen zum Trotz hat sich die Wahrheit durchgesetzt. Jedes Kind weiß sogar heute schon, daß in Rußland die Erwerbslosigkeit verschwunden ist. Zehntausende Erwerbslose wandern heute aus den bankrotten kapitalistischen Ländern nach Rußland und finden dort Arbeit und Brot. In Rußland steigen die Löhne, wird die soziale Gesetzgebung für die Kranken, für die Invaliden und Alten, für die Frauen und Kinder gewaltig ausgebaut. In Rußland dienen alle Schulen und Wissenschaften, Theater und Musik, Film und Radio der Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeitenden.

In Sowjetrußland geht es bei der ganzen Bauernschaft vorwärts und aufwärts zu Wohlstand und höherer Kultur

Zwei Systeme stehen sich gegenüber, zwei Welten prallen aufeinander und das ganze werktätige Volk wird vor die Entscheidung gestellt: Zusammenbrechender, mordender Kapitalismus, oder aufblühender, menschheitsbeglückender Sozialismus.

Nur zwei Tatsachen zur Beleuchtung der wirklichen Lage. Keine Woche vergeht, in der nicht in Sowjetrußland neue Riesenbetriebe eröffnet werden. Wo — frage ich — wird in Deutschland irgendein neuer Riesenbetrieb eröffnet? Hier kann jeder Fabrikbesitzer ohne Einschreiten der Regierung den Betrieb schließen. Dort im Lande des Sozialismus, wenn es einer wagen sollte, einen Betrieb zu schließen, dann würde er als Irrsinniger bezeichnet, oder er würde sofort erschossen werden. Was bedeutet es, wenn die Sowjetunion im Vorjahre 4700, in diesem Jahre aber über 10 000 Zuchtschweine von den Oldenburger Bauern kauft? Ist das Zusammenbruch, ist das ein Zeichen von Krise? Nein,

die sozialistische Planwirtschaft kennt keine kapitalistische Krise, kennt keine Arbeitslosigkeit und Lohnräuberei, kennt keine Absatzkrise und keine Verarmung der Volksmassen, sie kennt aber auch keine profitgierigen Fabrikbesitzer, keine die Bauern aufkaufenden, die Siedler betrügenden und die Pächter auswuchernden Großagrarier, die das arbeitende Volk bei vollen Scheunen verhungern lassen.

In Deutschland aber haben sich alle Volksfeinde gegen die werktätigen Massen verschworen. Wenn von allen Seiten die Angriffe auf die Existenz und das Leben des deutschen Volkes herniederprasseln, dann muß das ganze werktätige Volk erkennen, daß die Trustkapitalisten, die Industriellen, die Großagrarier, die Bankfürsten, die Militaristen und Volksunterdrücker nach einem einheitlichen großen Plan vorstoßen, daß ihnen ihre Lakaien, die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten mit allen Kräften helfen, diesen Hunger- und Knechtungsplan durchzuführen. Das, was wir seit Monaten erleben, was noch jahrelang fortgesetzt werden soll, das ist die schamloseste, umfassendste und niederträchtigste

Hungeraktion aller Volksfeinde

die jemals gewesen ist. Die herrschende Klasse spürt den drohenden Bankrott. In den Konferenzen, auf denen die Industriekönige unter sich sind, in den Zeitschriften und Zeitungen, die die große Masse des werktätigen Volkes nicht lesen kann, dort, wo sie ihre Pläne gegen das hungernde Volk schmieden, auf den Tagungen der Spitzenverbände der Industrie und der Aufsichtsräte der Trust- und Großbanken, dort stellen sie die Frage: Bedroht die Krise das kapitalistische System? — Ist nicht der Bankrott dieses ganzen

Systems schon offensichtlich? Hat sich nicht schon längst das sozialistische System mit dem erfolgreichen Fünfjahrplan der Sowjetunion als besser, erfolgreicher und für die Zukunft aller werktätigen Menschen wegweisend erwiesen?

Natürlich! Aber die Profitjäger denken gar nicht daran, freiwillig abzudanken. Sie denken gar nicht daran, ihre Fabriken, ihren Grund und Boden, ihre Bankkonten, ihre in das Ausland verschobenen Kapitalien, ihre gewaltigen Dividenden, Direktionsgehälter, Tantiemen und Pensionen aufzugeben, den werktätigen Volksmassen und dem sozialistischen Aufbau in Deutschland freiwillig das Feld zu räumen.

Nein, umgekehrt: Sie haben ein Hungerprogramm aufgestellt, das seinesgleichen in der Geschichte noch nicht hatte. Erinnert euch daran, wie die Unternehmer mit brutaler Unterstützung der Regierung und des Schlichtungsapparates, mit Hilfe der Gewerkschaftsbonzen erst die übertariflichen Löhne abbauten, dann die Akkordsätze gewaltig herunterdrückten und jetzt den neuen Lohnabbau durchzuführen suchen. Erinnert euch, wie man den Arbeitern in den Betrieben bei gleichzeitiger Lohnherabsetzung, die Leistung heraufschraubte, Millionen auf die Stempelstellen schickte und gewaltige Milliarden an Lohngeldern auf Kosten der Arbeiterklasse ersparte. Erinnert euch, wie die Brüningregierung die ersten Diktaturverordnungen erließ mit Negersteuer, Krankenschein- und Arzneigebühren, Erhöhung der Bier- und Tabaksteuern, dem sogenannten Notopfer vom Gehalt der Angestellten und Beamten, dem Raub an der Unterstützung der Erwerbslosen, während sie zugleich den Großagrariern durch die sogenannte „Osthilfe" Hunderte von Millionen in den Rachen warf. Erinnert euch an die zweite Diktaturverordnung Brünings mit den 25 Hungergesetzen, die die Ausplünderung des werktätigen Volkes auf allen Gebieten des täglichen Lebens ungeheuer verschärft!

Das war Anfang Dezember. Zu Neujahr schrieb der Zentrumskanzler Brüning einen Artikel, in dem es heißt:

„Unser ganzes soziales und wirtschaftliches Leben ist vor den Katastrophen bewahrt geblieben, die zeitweilig ernsthaft drohten. Wenn es aber noch Leute gibt, die da meinen und ausrufen, wir steckten schon mitten in der großen Katastrophe drin, so kann man denen gegenüber nur sagen: sie wissen nicht, was sie reden."

Das sagte Brüning. Ich frage euch alle: Wer ist es, der nicht weiß, was er redet? Herr Brüning, der alles durch die rosige Brille sieht, der seinerseits ein sorgenfreies Dasein führt, mit 35 000 Mark Jahresgehalt mit Nebenspesen extra — oder die Kommunisten, die schon vor dem 14. September vorausgesagt haben, daß die herrschende Klasse mit samt ihrer Regierung, ihren Sozialdemokraten und Nazis, nicht imstande ist, die Katastrophe zu vermeiden, einen Ausweg aus der Krise aufzuzeigen. Ich frage euch alle:

Hat die drohende Katastrophe nicht das ganze werktätige deutsche Volk an der Gurgel gefaßt?

Ist Hunger, Not und Sorge um den morgigen Tag nicht täglicher Gast in allen deutschen Landen, bei allen Familien Deutschlands, gibt es noch einen Menschen hier, der diesem Zentrumskanzler, dieser Zentrumspartei, dieser Regierung mit ruhigem Gewissen, mit Verantwortung vor Frau und Kindern und der eigenen Zukunft sein Schicksal anvertrauen kann.

Die Bourgeoisie und ihr Kanzler Brüning spüren die nahende Riesenkatastrophe, sie wissen um das Wachsen der Empörung, um den steigenden Kampfeswillen der Arbeiter und Arbeitslosen, des städtischen Mittelstandes und der armen Bauern. Ihnen genügt das von dem Sozialdemokraten Severing fabrizierte Republikschutzgesetz noch nicht. So kamen sie zu den letzten Diktatverordnungen im März, die die hungernden Massen zwecks weiterer Ausplünderung niederhalten sollen, eine Verordnung, die sich einzig und allein gegen uns, gegen die Kommunisten, gegen den von uns geführten Freiheitskampf richten. Warum wird die Pressezensur, die Flugblatt- und Plakatzensur jetzt eingeführt? Warum will man die Freiheit der Straße, der Demonstrationen und der Reden rauben? Warum droht man uns mit Verbot und verbietet schon überall unsere Presse?

Herr Brüning hat den Grund hier in Kloppenburg bereits angekündigt. Noch nicht genug der bisherigen Volksausplünderung: Ein neues Sparprogramm durch neue Diktaturverordnungen soll über das werktätige Volk herniederprasseln! Diesmal soll ganze Arbeit gemacht werden. Brüning kündigt im Auftrage der Kapitalisten die allerschärfsten Maßnahmen an.

Die neue Notverordnung, die Anfang Juni erlassen wird, soll der schwerste Schlag gegen die Arbeiterklasse werden und alles übertreffen, was die werktätigen Massen bisher von der Brüningregierung gewohnt waren.

Mit einem Schlag wird die Sozialversicherung Deutschlands wegradiert!

Sämtliche Renten sollen um 10 Prozent abgebaut werden. Bestimmte, noch nicht näher bezeichnete Versicherungszweige sollen aber darüber hinaus noch eine weitere Verschlechterung erfahren.

Der schlimmste Streich gilt wieder den Erwerbslosen. Nach dem Plane Brünings wird die Krisenfürsorge ganz und gar in Wegfall kommen, so daß nach dem Ablauf der Zahlung die Arbeitslosen aus der Hauptunterstützung direkt zum Wohlfahrtsamt wandern müssen. Da aber die Gemeinden angesichts der stets wachsenden Zahl der Wohlfahrtsempfänger diese Unterstützung jetzt schon radikal kürzen, wird dies bedeuten, daß nach Erlaß der Brüningschen Notverordnung nur noch in den seltensten Fällen Wohlfahrtsunterstützung an Erwerbslose ausgezahlt wird. Es ist kaum auszudenken, welche Not dann unter denen eintreten wird, die

ohne jeden Pfennig Beihilfe und Unterstützung

leben sollen. Die Regierung mit dem Grundsatz, den Armen alles zu nehmen, um den Reichen alles zu geben, wendet sich abermals gegen die unteren, schlechtbezahlten Beamten, denen nach den neuesten Informationen ein Gehaltsraub von 6 bis 8 Prozent und neue Massenentlassungen drohen.

Damit nicht genug, sollen die letzten sozialpolitischen, in jahrzehntelangen Kämpfen durchgesetzten Errungenschaften der kommunalen, provinziellen und Reichsfürsorge und Wohlfahrtspflege für Arme, Kranke, Schwangere, Schulkinder usw. abgebaut werden.

Für billiges Geld werden die kommunalen Betriebe (siehe Bewag-Berlin) an die Privatindustrie verschachert, damit diese durch gewaltig heraufgesetzte Preise die Bevölkerung besser auswuchern kann. Und um den Hungerplan abzurunden, kündigen die Unternehmer ihre neue Lohnabbauoffensive an, werden immer höhere Leistungen aus den Betriebsarbeitern herausgepreßt, drehen die Reichs- und Länderregierungen die Wucherzoll- und Steuerschraube lustig weiter.

Das ist in großen Umrissen die gewaltige Hungeraktion aller Volksfeinde, eine Aktion, die sich richtet gegen mehr als 30 Millionen werktätiger Menschen, die heute schon vor Not und Kummer nicht mehr aus noch ein wissen. Zur Durchführung dieser Hungeraktion wurden die letzten Diktaturverordnungen erlassen, um die werktätigen Massen und ihre revolutionäre Partei zu knebeln und den Empörungssturm in Zuchthäusern und in Blut zu ersticken. Brüning regiert mit Diktaturverordnungen, mit neuen faschistischen

BIBLIOTEKA UNIWERS. WROC.

Methoden. Jetzt spüren selbst die Volksmassen, die uns fernstanden, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei recht hatte, als es im Dezember erklärte:

Die Brüningregierung ist die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur!

Ein jeder Brüningerlaß dient der Faschisierung Deutschlands, der Steigerung des politischen Terrors gegen die hungernden, sich empörenden Volksmassen. Viele Millionen, die heute noch in den Betrieben stehen, haben das niederdrückende Gefühl, daß sie morgen schon entlassen werden können. Sie denken schon daran, wie sie gezwungen sein werden, das Los der Erwerbslosen zu teilen, die mit Bettelpfennigen ihr Leben fristen müssen. Zahllose Existenzen der sogenannten „selbständigen" Handwerker, kleinen Kaufleute, Kleingewerbetreibende werden von den großen Konzernen des Monopolkapitalismus und von den Wuchersteuern der Kapitalistenregierung erdrückt und kaputtgemacht.

Ueber das Elend auf dem Lande werde ich erst später ausführlich sprechen. Hier nur ein interessantes Beispiel: Auf dem antifaschistischen Volkskongreß in Hamburg für den Bezirk Wasserkante, der vor einigen Wochen stattfand, trat ein einfacher Kleinbauer auf und führte mit schlichten Worten aus:

„In der Landwirtschaft geht es heute darum, die modernen technischen Mittel anzuwenden. Das geschieht nur in zwei Ländern im kapitalistischen Amerika und in der sozialistischen Sowjetunion. Aber der Unterschied ist: in Amerika wendet man die technischen Errungenschaften, Motorpflüge und sonstige Maschinen in der Landwirtschaft an, um die Kleinen totzumachen im Interesse der großen Agrarkapitalisten, in der Sowjetunion umgekehrt wird die Technik in den Dienst der Landwirtschaft gestellt, um die Millionen armen Bauern und Mittelbauern zusammenzuschließen gegen die reichen Kulaken, um den Kleinen zu einem besseren, menschenwürdigen Dasein zu verhelfen!"

Jener Bauer, der diese Gedanken mit seinen einfachen Worten ausdrückte, hatte den ganzen Sinn der jetzigen Wirtschaftskrise erfaßt, hatte verstanden, daß es auch für den werktätigen Bauern nur einen Ausweg aus der Not und dem Elend geben kann:

Gemeinsamer Freiheitskampf aller Werktätigen an der Seite der Arbeiterklasse für den Sieg des Sozialismus!

Heute sind keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß die Krise in Deutschland und in der ganzen Welt sich ihrem Ende nähert. Im Gegenteil. Alle Tatsachen beweisen, daß es noch schlimmer wird, daß die heutige Millionenziffer der Arbeitslosen noch nicht das höchste ist. Was bedeutet es, wenn die industrielle Produktion gegenüber dem Vorjahre um über ein Viertel gesunken ist? Was bedeutet es, wenn der vorhandene Produktionsapparat, gemessen an der Produktionsfähigkeit nur zu 50 Prozent seiner Leistungsfähigkeit ausgenutzt wird? Was bedeuten die weiteren Massenentlassungen, weiterer Lohnabbau, weitere Kurzarbeit, verschärfte Teuerung mit Hilfe der Zölle und des Monopolkapitalismus? Dazu kommt die doppelte Ausplünderung der deutschen Arbeiter durch die kapitalistische Profitwirtschaft in Deutschland selbst und durch den räuberischen Youngplan mit seinen Milliardentributen.

Das eine und das andere,

die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes sind aufs engste miteinander verbunden

Wir Kommunisten wissen das. Wir haben nichts zu verschweigen, weil wir nicht abhängig sind von der Finanzclique der Bourgeoisie, sondern uns nur verantwortlich und verbunden fühlen mit den unterdrückten Millionen der Werktätigen. Wir schmieden das Eisen, wir hämmern den Amboß, wir fördern die rote Glut des Hochofens im Volksleben! Wir zeigen den einzigen Ausweg aus dem Massenelend. Unser vor den Reichstagswahlen im vorigen Jahre herausgegebene Freiheitsprogramm zeigt heute noch den Weg für den Sieg der Arbeiterklasse, für den Sieg des Sozialismus.

Die Nationalsozialisten haben den Massen auch einen angeblichen „Ausweg" angepriesen, das sogenannte „Dritte Reich". Würde es im Dritten Reich den Oldenburger Bauern weniger schlecht gehen? Würden die Massen der Erwerbslosen mit Arbeit versorgt werden? Würden die im Betrieb stehenden Arbeiter höhere Löhne bekommen? Würde etwas geschehen gegen die Youngsklaverei? Nicht das mindeste würde geschehen.

Nehmt als Beispiel für das Dritte Reich die Herrschaft Mussolinis in Italien. Wütet nicht in diesem Lande ebenfalls die Wirtschaftskrise? Werden dort nicht die Bauern mit unerträglichen Steuern belastet? Ein geknechtetes Volk stöhnt in den Ketten der faschistischen Terrorherrschaft. Hier und da lodert bereits die Flamme der Empörung aus den Reihen der italienischen Arbeiterklasse empor. Die Bauern bäumen sich auf gegen die Wucher- und Steuerlasten, besonders in Süditalien. Selbst innerhalb der faschistischen Miliztruppen beginnt eine Gärung sich zu entwickeln.

Das „Dritte Reich" in Deutschland — wie würde es aussehen?

Würden die Kapitalisten enteignet und die großen Fabriken, Banken und Bergwerke in den Besitz der Allgemeinheit, des werktätigen Volkes überführt werden? Im Gegenteil. Diese sogenannten „Sozialisten" der Hitlerpartei verkünden es ja offen, daß sie das Privateigentum nicht antasten wollen. Solche Ausbeuter wie Kirdorf, Vögler, Krupp usw. sind für sie Idealfiguren.

Das „Dritte Reich" würde die heutigen elenden kapitalistischen Zustände nur noch verschlimmern durch den faschistischen Terror, durch die Zuchthaus- und Galgenherrschaft nach dem Mussolinisystem!

Was die Nazis wollen, das haben sie in verschiedenen Anträgen schon mehrfach ausgedrückt: eine Gewalt- und Terrorherrschaft gegen den Klassenkampf der Arbeiter und gegen alle Werktätigen. Auch in nationaler Hinsicht begehen sie den schamlosesten Verrat. Sie sagen heute kein Wort mehr über die Unterdrückung der Deutschen in Südtirol. Ihre Orientierung in der Außenpolitik auf England und Italien läßt nicht zu, daß sie darüber spotten und höhnen, daß man den Südtiroler Deutschen ihre Sprache, ihre Kultur raubt, und daß man ihre Kinder zwangsmäßig und gewaltsam zu Italienern stempelt.

Die Kommunistische Partei weiß und sagt es den Massen, daß die nationale Befreiung aufs engste verbunden ist mit dem Sieg des Sozialismus über das kapitalistische System.

Und wie steht es mit der praktischen Politik der Nationalsozialisten in letzter Zeit? Nehmen wir nur die Frage des Youngplans. Der Abgeordnete Stöhr schrieb im „Völkischen Beobachter" einen Artikel, der am 19. Februar erschien. Dort heißt es u. a.:

„... Die erwähnten Zentrumsblätter gehen sogar so weit, uns ziemlich unverblümt daraus einen Vorwurf zu machen, daß wir im Auswärtigen Ausschuß des Youngreichstages dem geradezu irrsinnigen Antrag der Kommunisten, die Bezahlung der Tribute sofort (ohne jede Kündigung) einzustellen, nicht zugestimmt haben."

Also ein Antrag auf Einstellung der Younggzahlungen ist nach der Auffassung dieses Naziführers „geradezu irrsinnig". Nun, es gibt in der Weltgeschichte das Beispiel eines Landes, das seine Tributzahlungen an die ausländischen Imperialisten und Kapitalisten sofort eingestellt hat! Das ist die Sowjetunion, die proletarische Diktatur, die die Schulden und Anleihen des zaristischen Rußland an das Ausland für null und nichtig erklärte! Rußland war ein besiegtes Land wie Deutschland. Hätte in Rußland nach der Kerenskiperiode die Bourgeoisie gesiegt, dann müßte heute auch das werktätige Volk eines kapitalistischen Rußlands die ungeheuren französischen Milliardentribute zahlen

Sowjetrußland konnte nur seine Tributlasten abschütteln, weil es dort gelang, die Bourgeoisie zu besiegen.

Hier in Deutschland würde es bei einem Sieg der deutschen Revolution ebenso sein, daß durch diesen Sieg die Youngmilliarden, die Fesseln der Millionen Menschen abgeschüttelt werden. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat als einzige Partei von Anfang an den schärfsten Kampf gegen Versailles und alle späteren Raubbestimmungen durchgeführt. Es gibt zahlreiche Dokumente darüber aus der Vergangenheit, und besonders unser nationales und soziales Befreiungsprogramm ist der größte Beweis für diese Tatsache.

Einige Fragen an Adolf Hitler

Hitler war am 11. Mai in Oldenburg und vorher in anderen Gebieten. Wir Kommunisten haben den Nazis seit Wochen ganz konkrete Fragen vorgelegt, darunter die folgenden:

1. Warum haben die Nazis im Reichstage und im Oldenburger Landtag alle kommunistischen Anträge gegen den Youngplan, diesen Sklavenpakt, abgelehnt?

2. Warum haben die Nazis alle kommunistischen Anträge gegen die Durchführung der Brüningschen Diktaturverordnung abgelehnt und Brünings Hungerprogramm unterstützt?

3. Warum haben die Nazis den kommunistischen Antrag auf Besteuerung der Millionäre abgelehnt?

4. Warum haben die Nazis mit Hohngelächter alle kommunistischen Anträge auf Herabsetzung der Minister- und Beamtengehälter auf 6000 Mark im Reiche und auf 3000 Mark in Oldenburg abgelehnt?

5. Warum haben die Nazis die kommunistischen Anträge gegen die Zinsknechtschaft und Zwangsversteigerung der Kleinbauern, Pächter und Siedler abgelehnt?

6. Warum sind die Nazis Streikbrecher bei allen Streiks der Arbeiterklasse gegen Lohnabbau, für Lohnerhöhung, für Verkürzung der Arbeitszeit und Beschaffung von Arbeit für alle Arbeitslosen?

7. Warum morden die Nazis heimtückisch Hunderte von kommunistischen Arbeitern, die wirklichen Freiheitskämpfer, warum lassen sie auf ihren öffentlichen Versammlungen jeden Kapitalisten als Diskussionsredner zu und verweigern uns in den meisten Fällen das Wort?

8. Was schlagen die Nazis vor zur Senkung aller Preise, zur Schaffung von Brot und Arbeit für die Arbeitslosen, zur Beseitigung der Agrarkrise, zur Hebung der Kaufkraft der Massen?

Wir fragen hier an dieser Stelle: Was hatte Adolf Hitler auf alle diese Lebensfragen des werktätigen Volkes hier in den Oldenburger Versammlungen zu antworten:

Nichts konnte dieser Maulheld und Organisator des Arbeitermords den unterdrückten Volksmassen als Ausweg anbieten.

Aber eins hat er klar ausgesprochen, und das ist eine direkte Unterstützung des Brüningsprogramms und der Hungeraktion aller Volksfeinde, wenn er sagt: „Ich weiß, die Gegenwart erfordert von euch allen große Opfer!" Also ganz wie bei Brüning, neue große Opfer. Und der Münchener Nazirechtsanwalt, Herr Dr. Frank II, der hier vor Hitler sprach, gab schon ganz klar das Programm bekannt, das sich die Nazis stecken: „Der Bolschewismus wird in Deutschland nie die Herrschaft ergreifen. Hitler hat uns das Wort gegeben, wir folgen ihm über Kerker und Gräber vorwärts!" Da habt ihr und seht ihr den Weg zum Dritten Reich. Er führt euch in die Kerker und eure Familienangehörigen in die Gräber.

Hunger, Zuchthaus und Galgen, das ist das Ideal der Hitlerbanden,

die hier wie in Oldenburg wie die Vandalen hausten, die Arbeiter überfielen, auf Frauen und Kinder und kleine Mädchen mit Messern stachen, mit Eisenknüppeln und Koppelriemen losschlugen, sich mit 30 Mann, die schwer bewaffnet waren, auf einzelne unbewaffnete Arbeiter stürzten und sie zu Boden schlugen. Alles vollführten sie unter dem Schutze der Polizei.

Scheringer, der Ulmer Reichswehrleutnant und ehemalige Nationalsozialist, hat erkannt, was die NSDAP. in Wirklichkeit bedeutet. In seinem Brief an die KPD. hat er festgestellt: Die Nazis haben sich vom Sozialismus längst und völlig losgesagt, sie haben das kapitalistische Privateigentum heilig gesprochen. Sie vertreten die Interessen der deutschen und ausländischen Kapitalisten und sind Fronvöge der Youngsklaverei, sie haben den Versailler Vertrag und die Knechtung Deutschlands anerkannt und sind heute bereit, mit England, Frankreich, Italien den blutigen Krieg gegen Sowjetrußland bei der nächsten Gelegenheit vom Zaun zu brechen!

Die Hitlerleute sind die Todfeinde des werktätigen Volkes in Stadt und Land, sie werden, selbst wenn sie hier noch bei diesen Wahlen gewisse Erfolge ernten, immer mehr durch ihre Politik mit ihren eigenen Anhängern in Widerspruch kommen.

Vorläufig braucht Herr Brüning die Nationalsozialisten nicht in der Regierung, er hat ja die Sozialdemokratie, die seinen Hunger- und Diktaturplänen jede Unterstützung zuteil werden läßt.

Die Politik der Sozialdemokratie ist auf Tod und Leben mit dem Kapitalismus verbunden.

Die SPD. kennt nur eine Aufgabe, das bankrotte kapitalistische System vor dem Zorn der Massen, vor der proletarischen Revolution zu schützen. Fast jedes Wort in der Politik der Sozialdemokratie dient der Verherrlichung des Kapitals und der gemeinen Verleumdung der Sowjetunion. Auch die sozialdemokratischen Lügen und Versprechungen sind elendiglich zusammengebrochen. Wir wenden uns auch von dieser Stelle kameradschaftlich an alle sozialdemokratischen Anhänger und an die klassenbewußten Mitglieder dieser Partei. Wir fragen sie:

Wohin führt die Koalitionspolitik? Zum Sozialismus, wie man euch vorgelogen hat, oder nicht vielmehr zum Faschismus?

Wo blieb die Ankurbelung der Wirtschaft, mit der man euch die Annahme des Youngplanes schmackhaft machte, wo ist die Lohnerhöhung und die Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen, die doch durch Rationalisierung, Wirtschaftsdemokratie und Schlichtungswesen bestimmt und sicher kommen sollte?

Wollt ihr noch länger zusehen, wie eure Führer Panzerkreuzer für den Krieg gegen Sowjetrußland bauen, eine drei viertel Milliarde für die Reichswehr bewilligen, ganz offen das Programm der Hungerdiktatur Brünings unterstützen, für alle Notverordnungen eintreten, bei Streiks den Streikbruch organisieren, als Minister und Polizeipräsident die Arbeiterbewegung verfolgen, die Demonstrationen niederknüppeln, die Versammlungen überwachen und manchmal auseinandersprengen, die Stahlhelmer und Mordbanditen oft schützen und sich in erster Linie im Kampf gegen das revolutionäre Proletariat betätigen?

Panzerkreuzer, Brotwucher und Streikbruch — das ist die Politik der Sozialdemokratie

Die Bewilligung der Panzerkreuzer brennt wie ein Schandmal auf der Stirn der sozialdemokratischen Führer. Aber noch übertroffen wird der Panzerkreuzersozialismus durch folgende Tatsache:

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordete Baade, Schieles Roggenstützungskommissar, dieser feine „Sozialist", kaufte aus staatlichen Mitteln, aus unsren Steuergroschen 800 Millionen Kilo Brotgetreide, Roggen, auf, läßt es für die menschliche Ernährung unbrauchbar machen, wirft es den Schweinen zum Fraße hin oder läßt es verfaulen.

Die Arbeitslosen, die manchmal vor Hunger zum Strick und zum Gashahn greifen, denen wir, die Kommunistische Partei, durch unsere kommunistischen Anträge im Reichstag helfen wollten, bekamen den besten Anschauungsunterricht durch diese Abstimmung. Unsere kommunistischen Anträge, diese aufgekauften Getreidemengen den Hungernden, den Arbeitslosen, den alten Invaliden und Rentenempfängern zu geben, wurden höhnisch von der ganzen Bourgeoisie, von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten, niedergestimmt. Dieser Mann bekam noch zu seinem Gehalt von über 18 000 Mark seine Reichstagsdiäten von ungefähr 9000 Mark, eine besondere Belohnung in der Roggenabbaustützungsaktion von 20 000 Mark im Jahre 1930. Wir entlarven in aller Oeffentlichkeit diese Korruptionserscheinung. Aber der größte Skandal ist, daß — nachdem diese 800 000 Tonnen verfüttert und zum Teil verrottet sind — jetzt dieselbe Regierung von Holland 40 000 Tonnen Getreide auflaufte, wo sie das russische Getreide durch Verdienste des kapitalistischen Zwischenhändlers mit 20 Mark mehr bezahlen muß, als es vor sieben Wochen die Sowjetunion der deutschen Regierung angeboten hatte. Diese Summe müßt ihr, müssen die werktätigen Massen in Deutschland aufbringen!

Diese Leute wagen in ihrer Oldenburger Wählerzeitung die freche Lüge aufzustellen:

„Was in Wirklichkeit in Rußland vor sich geht, ist eine grenzenlose Ausbeutung der Arbeiter zugunsten des russischen Staates und seiner Machthaber."

Selbst der Parteiführer der österreichischen Sozialdemokratie, Otto Bauer, ist gezwungen, in seinem neuen Buche „Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkriege" demagogisch folgendes zuzugeben:

„Gerade in der Zeit, in der die Rationalisierungskonjunktur in der kapitalistischen Welt ihrem Ende entgegenging, ist die Sowjetunion daran gegangen, die Ergebnisse der Rationalisierungperiode zu übernehmen, sie in die Sowjetunion zu übertragen, sie zum Aufbau einer neuen großen Industrie und zur Umgestaltung der Landwirtschaft auszunutzen und damit die Fundamente einer sozialistischen Gesellschaft zu legen."

Das sagt Otto Bauer in Oesterreich, um mit neuen Manövern die Massen zu betrügen. Die Tatsachen reden. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion nicht nur heute schon Tausenden von deutschen Arbeitern die Existenz gibt, sondern daß in nächster Zeit zur Durchführung des Fünfjahrplans weitere anderthalb bis zwei Millionen qualifizierte Arbeiter in der Sowjetunion erforderlich sind.

Die Sozialdemokratie, die im Oldenburger Landtag Arm in Arm in Arm mit den Nazis, Zentrum, Staats- und Volkspartei die KPD.-Anträge systematisch niederstimmte und die Castebohmregierung gegen das arbeitende Volk unterstützte, sie muß zu solchen Lügen und zu solcher Verhetzung greifen.

Ueber die Staatspartei noch zu sprechen ist nicht nötig. Da

Genosse Litwinow spricht in Genf

Auf einem Sechstel der Erde sind Krise und Arbeitslosigkeit beseitigt — Die Wurzel der Weltkrise des Kapitalismus ist das kapitalistische System selbst

Genf, 19. Mai. In der gestrigen Nachmittagssitzung der Europakommission entwickelte Genosse Litwinow den Standpunkt der Sowjetregierung über das Problem der Weltwirtschaftskrise.

Genosse Litwinow hebt hervor, daß er sich in einer Ausnahmestellung befindet, da die Sowjetunion keine Krise kennt, sondern im Gegenteil, sich in voller Entwicklung befindet. Nichtsdestoweniger interessiert das Studium der Krise auch die Sowjetunion, weil diese in Verbindung mit der kapitalistischen Welt steht und die Weltwirtschaftskrise sich ebenfalls auf die Sowjetunion auswirkt. Es gibt kein Heilmittel, das die Gesundung herbeiführen könnte. Unserer Meinung nach hat die jetzige Krise ihren Ursprung im kapitalistischen System. Die jetzige Weltwirtschaftskrise ist gekennzeichnet durch die unentwirrbare Verflechtung der Landwirtschafts- und Industriekrise, die noch verschärft werden durch die monopolistische Politik, die den Absatz der aufgestapelten Waren verhindert. Die verschärfenden Momente der Krise sind in den Nachkriegsverhältnissen zu suchen, in den Nachkriegsverträgen, der internationalen Verschuldung, den Reparationslasten, der Bildung von feindlichen Militärabkommen. Die Faktoren der Krise müssen sowohl auf wirtschaftlichem als auf politischem Gebiet gesucht werden. Es ist notwendig, die Auswirkungen der wachsenden Steuern, der militärischen Ausgaben und der militaristischen Aufrüstungen zu überprüfen. Europa verwandelt sich in ein Kriegslager.

Durch die Bildung neuer Grenzen nach dem Kriege wächst überall der Protektionismus. Die Schulden und Reparationslasten bedrücken große Volksmassen schwer. Die Kaufkraft ist infolge der Lohnherabsetzungen und der Erwerbslosigkeit gesunken. Diese werden ihrerseits durch die ungleichmäßige Verteilung akkumulierter und brachliegender Reserven hervorgerufen.

Alle diese Tatsachen schaffen eine allgemeine Atmosphäre der Unruhe. Das Gefühl des Mißtrauens wird durch die Antisowjetkampagne und durch die Ausarbeitung von Angriffsplänen gegen die Sowjetunion genährt. Man versucht den Beweis zu erbringen, daß das Bestehen der Sowjetunion die Ursache der Krise sei. Nun spielt aber die Sowjetunion eine ganz bescheidene Rolle im Welthandel. Und sogar die Märkte, auf denen die Sowjetunion als Verbraucher auftritt, sind auch von der Krise schwer betroffen. Die Tatsachen, daß ein Sechstel der Erde nicht von der Wirtschaftskrise heimgesucht ist, daß die Sowjetbestellungen in den verschiedenen Ländern die Erwerbslosigkeit verringern, daß es in der Sowjetunion keine Erwerbslosigkeit mehr gibt — all diese Tatsachen, ich frage Sie, tragen sie dazu bei, die Krise zu mildern oder zu erschweren?

Etwa 53 Prozent der amerikanischen Traktorenausfuhr, 12 Prozent der englischen Textilmaschinenausfuhr, 23 Prozent der deutschen landwirtschaftlichen Maschinenausfuhr wurden von der Sowjetunion aufgesogen.

In den Antisowjetkampagnen pocht man immer wieder auf den schädlichen Einfluß, der durch die Sowjetausfuhr auf die Preise der Rohstoffe ausgeübt würde. Weshalb soll die Ausfuhr gewisser Staaten gerechtfertigt, die Sowjetausfuhr aber ein Verbrechen sein? Weshalb protestiert man nicht gegen das Anwachsen der kanadischen Getreide- und der argentinischen Butterausfuhr und weshalb verurteilte man nicht die Vorkriegsausfuhr Rußlands, die doch die jetzige Sowjetausfuhr bedeutend überschritt?

Genosse Litwinow protestiert gegen die Beschuldigung, die Sowjetunion betreibe Dumping. Das Fehlen schwerer, die Bauernschaft bedrückende Lasten, das Fehlen von Spekulanten und Zwischenhändlern erlauben uns, zu niedrigeren Preisen zu verkaufen, aber vergessen wir nicht, daß der Markt durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage beherrscht wird und daß wir kein besonderes Interesse daran haben, die Preise sinken zu sehen. Sehr interessant ist der Preisunterschied zwischen Inland- und Ausfuhrwaren in gewissen Ländern, wie die Tschechoslowakei, Polen usw. Um die Kaufkraft der Massen zu vergrößern, muß die Aufzehrung der Warenvorräte erleichtert werden.

Das von Frankreich vorgeschlagene Kartellsystem sichert die hohen Preise und verhindert den Absatz.

Genosse Litwinow macht den Vorschlag, die Länder sollten ein Abkommen unterzeichnen, das Schluß macht mit der Spanne zwischen einheimischen und Ausfuhrpreisen, und die Vertragschließenden verpflichtet, auf dem Innenmarkt ihre Waren nicht teurer zu verkaufen, als auf dem Weltmarkt. Die Antisowjetkampagnen befriedigen vielleicht gewisse Kreise, jedoch werden sie nicht die Krise lindern. Wir können feststellen, daß trotz und inmitten dieser Kampagnen wir bedeutungsvolle Verträge mit Deutschland und Italien abgeschlossen und unsere Handelsverbindungen mit England entwickelt haben.

Es ist eine nicht ernst zu nehmende Behauptung, wenn gesagt wird, die Sowjetunion verfolge einen teuflischen Plan und provoziere den Preissturz, um so die kapitalistische Wirtschaft zu ruinieren. Ein solcher Plan wäre äußerst dumm, denn letzten Endes würde er nur dazu beitragen, die Einkünfte aus unserer Ausfuhr zu verringern. Das System der Vorzugszölle, das hier vorgeschlagen wurde, kann nur das System der politischen Alliancen auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen. Diese Tatsache trat sehr klar bei den letzten Agrarkonferenzen in Erscheinung.

Genosse Litwinow schloß seine Rede mit der Erklärung, daß die Sowjetdelegation ein Projekt für einen wirtschaftlichen Nichtangriffsvertrag vorschlagen werde, das den Friedenswillen der Sowjetunion, die ganz und gar von ihren großen konstruktiven Aufgaben in Anspruch genommen aber ihrer Kraft bewußt ist, erneut beweist.

Der spanische Bauer enteignet den Gutsherrn

Massendemonstrationen auf dem Lande — Bauern greifen zur Selbsthilfe — Belagerungszustand

Paris, 19. Mai. Ueberall auf dem flachen Land gärt es unter der spanischen Bauernschaft und Landarbeiterschaft. Bauernaufmärsche, Bauerndemonstrationen sind an der Tagesordnung, insbesondere in Andalusien, wo der Großgrundbesitz am stärksten vertreten ist. Die Bauernschaft verlangt die Aufteilung des Großgrundbesitzes und andere Maßnahmen zur Behebung der furchtbaren Krise der werktätigen Bauernschaft und der unerträglichen Ausbeutung der Landarbeiterschaft. In manchen Bezirken sind die Bauern bereits dazu übergegangen, zur Selbsthilfe zu greifen, sich der Ländereien der Großgrundbesitzer zu bemächtigen und sie unter sich aufzuteilen.

In Estremadura begannen die armen Bauern die Enteignung der Latifundien selbst durchzuführen. Die Gendarmerie beeilte sich, im Auftrage der Regierung und der örtlichen Behörden diese Tat im Interesse der Ausbeuter des Volkes rückgängig zu machen, um so zu beweisen, daß die Republik eine ebenso eifrige Verteidigerin der Großgrundbesitzer ist wie die Monarchie.

In Andalusien, besonders in den Provinzen Granada, Sevilla, Malaga und Cordova fanden in den vergangenen Wochen ununterbrochen Bauerndemonstrationen vor den Gemeindehäusern und den Schlössern der Großgrundbesitzer und ihrer Verwalter statt. Da aus der Haltung der Bauern die Behörden den Eindruck gewannen, daß sie sich des Großgrundbesitzes bemächtigen und diesen aufteilen wollten, wurden diese Gebiete mit starken Polizeikräften besetzt. In der Provinz Sevilla fühlte sich die Regierung so unsicher, daß sie sogar den Belagerungszustand verhängte.

Aus der weiten Umgebung der Stadt Sevilla versammelten sich trotzdem die Bauern und Landarbeiter in den Dörfern und zogen geschlossen zur Stadt, wo sie Land und Brot forderten. Die Demonstranten erzwangen schließlich, daß eine Delegation von ihnen vom Bürgermeister empfangen wurde. Da seine Antwort sie nicht befriedigte, beschlossen die Massen, durch die Geschäftsviertel zu marschieren, wobei die ausgehungerten Massen mehrere Läden stürmten.

In San Martin de Valdeiglesias veranstalteten die Weinbauern eine Riesendemonstration vor den Toren des Rathauses. Die Bauernredner beklagten sich darüber, daß die Ländereien der Bauern durch den mächtigen Großgrundbesitz stark zersplittert sind.

Sowjetnote an Finnland

Protest gegen die systematische sowjetfeindliche Kriegshetze

Moskau, 19. Mai. (Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.) Die Presse veröffentlicht eine vom stellvertretenden Außenkommissar Krestinski dem finnischen Geschäftsträger in Moskau übergebene Note der Sowjetregierung. Die Note erhebt entschieden Einspruch gegen die von der finnischen Regierung trotz wiederholter Vorstellungen der Sowjetregierung geduldete systematische feindliche Propaganda gegen die Sowjetunion und für die Abtrennung einzelner Teile von der Sowjetunion sowie gegen die von den finnischen Behörden gestattete sowjetfeindliche Demonstration vor der Sowjetgesandtschaft in Helsingfors am 12. Mai.

Die Note stellt fest, diese sowjetfeindliche Propaganda werde seit dem vergangenen Sommer betrieben und habe sich in der letzten Zeit sowohl in der Presse als auch in Versammlungen in Gegenwart offizieller Vertreter Finnlands besonders verstärkt.

Die Note betont, daß Außenminister ad interim Kukkonen es auf Vorstellungen des Sowjetgesandten vom 13. Mai nicht möglich befunden habe, die Ergreifung von Maßnahmen gegen eine etwaige Wiederholung von Demonstrationen gegen die Sowjetgesandschaft, wie sie am 12. Mai stattgefunden hätten, zu versprechen, und legt der finnischen Regierung die gesamte Verantwortung für die durch ihr Vorgehen geschaffene Lage in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf.

Der Generalstreik in Nordfrankreich

Paris, 19. Mai. Seit gestern ist der Streik in der Textilindustrie des Bezirks Roubaix-Tourcoing allgemein. Die bürgerliche Presse teilt mit, daß von insgesamt 160 000 Arbeitern 140 000 sich im Ausstand befinden. 400 Betriebe haben ihre Tore geschlossen. Die beunruhigte Bourgeoisie fordert die Regierung auf, sobald wie möglich einen Schiedsspruch zu fällen.

Unter den streikenden Arbeitermassen herrscht ein prächtiger Kampfgeist. An dem Betriebskongreß, der gestern von der Einheitsgewerkschaft der Textilarbeiter einberufen worden war, nahmen 65 Delegierte teil. Es wurde beschlossen, überall Streikposten aufzustellen, Massenbetriebs- und Ortskomitees zu gründen, sowie das zentrale Kampfkomitee zu verstärken.

Die Erregung hat sich jetzt auch auf die Angestellten der Straßenbahnlinie Lille—Roubaix—Tourcoing ausgedehnt. Das Personal dieser Linie beträgt mehr als 1000 Angestellte.

Barrikaden am Wedding

Der Roman einer Straße aus den Berliner Maitagen 1929

Von Klaus Neukranz

Copyright Internationaler Arbeiterverlag

13. Fortsetzung

In der „Roten Nachtigall" rief ihm Kurt Zimmermann auf seine Frage sofort entgegen: „Der is drüben in seine Wohnung!"

„Los — komm' mit, Kurt!" Seine Selter hatte er schon wieder vergessen. Jetzt, wo er wußte, daß alles in Ordnung gehen würde, wurde er etwas ruhiger und sofort ließen auch die Schmerzen nach. Unterwegs erzählte er Kurt kurz, was los war.

„Junge, Junge . . . du, der kennt die Gasse nicht, sonst hätte er sich nicht hier ringesetzt."

„Wird sie schon kennen lernen", antwortete Paul mit verbissener Wut. Kurt nahm die ganze Sache bedeutend ruhiger auf. Natürlich schickt die Polizei Spitzel und Agenten in die Gasse! Schließlich war es ja nicht das erste Mal, daß sie dahinter gekommen waren. Die Hauptsache war, daß man sie faßte und unschädlich machte.

In dem Eisgeschäft an dem sie vorbeikamen, brannte jetzt Licht. Der Laden war leer. Zwei Häuser weiter wohnte Hermann. Frau Süderupp öffnete ihnen.

„Tach — Genossen, Hermann is in sein Zimmer."

Sie gingen vom Flur aus durch das einzige große Zimmer, das die Wohnung hatte. Die zweijährige Heidi saß auf dem Fußboden und spielte mit einem großen Scheit Brennholz irgendeine undurchsichtige Geschichte. Als ihr Kurt im Vorbeigehen flüchtig über das Haar strich, bog sie den Kopf, unwillig über die Störung, beiseite und beschäftigte sich weiter mit ihrem Holz. Heidi nahm nur selten von den vielen Leuten, die hier tagsüber ein- und ausgingen Notiz. Nebenan war Papa. Das genügte zunächst für ihr Wohlbefinden. —

Durch die angelehnte Tür hörte man das unregelmäßige Klappern einer Schreibmaschine. Kurt stieß die Tür zurück.

In der Ecke der kleinen Kammer, neben dem Fenster, hatte sich Hermann auf dem Tisch aus rohem Kistenholz eine Art Bücherschrank mit zwei verschließbaren Fächern gebaut. In dem mit rotem Kreppapier ausgeschlagenen Mittelfach stand eine etwa 30 Zentimeter hohe Leninbüste. Es war gleichsam die allerdings sehr bescheidene „Leninecke" der roten Gasse. Darüber befanden sich zwei Reihen Broschüren, meistens Parteitagsprotokolle, Referentenmaterial und eine Anzahl marxistisch-wissenschaftlicher Bücher. Als einzigster Roman war „König Alkohol" von Jack London vertreten. Uebrigens zeugte der Zustand der Broschüren davon, daß sie nicht zum Schmuck hier standen.

Es war das typische Bücherbrett eines politisch geschulten Parteifunktionärs, der als Prolet keine Zeit hatte, andere als nur für seine politische Arbeit unbedingt notwendigen Schriften zu lesen. In manchen Nächten hatte hier der Metallarbeiter Hermann Süderupp bei der Küchenlampe gesessen und seinen müden, schwerfälligen Kopf gezwungen, sich mit der Fragen der „Mehrwert-Theorie", der „Akkumulation des Kapitals", des „Nachkriegsimperialismus" usw. zu beschäftigen. „Ohne Theorie — keine Praxis" sagte Lenin, dessen großes Bild noch einmal in einem alten Rahmen über den Büchern hing. „Onkel N'in" sagte Heidi immer zu ihm.

Neben dem Tisch befand sich ein Schrank mit Zeitungen, Akten und allerhand Kram, den er noch so oft aufräumen konnte und doch nie in Ordnung bekam. Nach einigen Wochen war wieder alles durcheinander. Auf Heidis kleinem Kindertisch stand eine alte, billig erworbene Schreibmaschine, mit der Hermann jetzt langsam aber sicher — er tippte immer vorsichtig, nur mit einem Finger — an dem Text der Straßenzellen-Zeitung schrieb.

Die Funktionäre nannten diese Bude: „Das rote Zimmer". Ganz und gar nicht in dieses Zimmer paßte Heidis kleiner Teddybär, der an einer Schnur von der Decke herabhing. Sie hatten ihn einmal auf dem Rummelplatz in einer Würfelbude gewonnen und weil Heidi damals zu klein für den großen Bären war, hatte Hermann ihn hier aufgehängt. Da Heidi mit dem, was ihr Papa macht, immer zufrieden ist, ist er hängen geblieben.

★

Hermann sah dem Paul sofort an, daß etwas Besonderes passiert sein mußte.

„Was gibts?" fragte er und schob die Maschine zurück.

„Bei Petrowski im Laden sitzt ein Polizeikommissar . . . wir haben vom Hausflur aus alles gehört . . . der schwarze Kerl ist ein Spitzel . . .!"

Hermann stand wortlos auf, stellte sich an das Fenster und sah einen Augenblick schweigend auf den dämmrigen Hof. Jemand rief aus einem Fenster herunter. — Also einen Spitzel hatte man in der Gasse. Es kam doch ein bißchen plötzlich . . .

„Anna steht noch an der Tür und hört weiter zu", sagte Paul hinter seinem Rücken zu ihm. — Er drehte sich um, sein Plan war fertig.

„Kurt, du schickt zwei Jugendgenossen von drüben in den Laden, sie sollen sich dahinsetzen, nimm den kleinen Fritz dabei, der ist zuverlässig. Und nicht eher wieder fortgehen, bis der Bulle weg is. Aber natürlich nicht auffällig. Wenn jemand im Laden bleibt, können sie nicht mehr miteinander sprechen und der Kerl wird gehen. Fritz soll sich den Mann genau ansehen. Es wäre gut, wenn sich einer von euch den Bullen auf der Straße genau merkt, damit wir ihn kennen. Aber vorsichtig, Genossen, die Schweine dürfen nicht wissen, daß wir sie entdeckt haben . . . So — und ich gehe mal rüber zu dem alten Lederer in der Nr. 20, der arbeitet doch bei Mix & Genest auf Telephon?"

„Seit elf Jahren is er schon da."

„Ich glaube der Alte ist zuverlässig, was? wenn er auch kein Parteimitglied ist."

Kurt sah Hermann erstaunt an: „Was willst du denn von dem Alten?"

„Mensch — deine lange Leitung mal nachsehen lassen", lachte Hermann, „los, Kinder, alles andere heute abend . . . erstmal den Bullen rausbringen . . . aber, Paul, keenen anfassen jetzt, hörst de . . . mach bloß keenen Quatsch!"

„Nich doch — Hermann, kommt nicht in Frage, immer kalten Kopp behalten!"

Paul hatte vollkommen seine Ruhe wiedergefunden. Seine Schmerzen waren verschwunden. Er freute sich nur, daß sie den Lumpen erwischt hatten.

Als die drei auf die Straße kamen, trafen sie bereits Anna vor dem Haus. Sie wollte gerade zu Hermann gehen: Der Polizeibeamte war schon weg!

Hermann machte ein ärgerliches Gesicht. „Jetzt hat ihn keiner richtig gesehen!" Er unterbrach Anna, die sofort begonnen hatte, von der Unterhaltung, die sie gehört hatte, zu erzählen.

„Nachher, Anna —, du kommst mit herauf, ja? . . . wir treffen uns in einer halben Stunde oben bei mir . . . ich gehe nur noch vorher nach Nr. 20 . . . lade Otto auch mit ein, Paul . . . Moschüs!"

(Fortsetzung folgt.)

Rund um den Erdball

Ein empörendes Kapitel deutscher Wohlfahrtspflege in Strausberg

Gummiknüppel gegen Lebensretter

Sechsjährige kommt in den Flammen um, weil die „Volkspolizei" Rettungsaktion mit Gewalt verhindert

Am 11. Mai abends gegen 6.30 Uhr ging in Strausberg bei Berlin das ehemalige Fabrikgebäude der Pianofabrik Lochow & Zimmermann, in dem sich eine Reihe Notwohnungen für Wohlfahrtserwerbslose befanden, in Flammen auf. Obwohl die freiwillige Feuerwehr von Strausberg nur einige hundert Meter von der Brandstätte ihr Depot hatte, brauchte sie dennoch ganze 25 Minuten, um zur Stelle zu sein. Kein Wunder also, daß das alte Gebäude, das den baupolizeilichen Vorschriften in keiner Weise entsprach, bis auf die Grundmauern niederbrannte. Bei diesem Unglück kam das sechsjährige Mädchen der

Der abgebrannte Strausberger Gitterkäfig

Familie Walter in den Flammen um. Notstandsarbeiter, die in der Nähe der Unglücksstelle arbeiteten, versuchten unter Einsatz des eigenen Lebens das Mädchen zu retten, wurden jedoch von der Strausberger Polizei mit brutalen Gummiknüppelhieben an der Rettungsaktion verhindert.

Empörend wird zu diesem unglaublichen Verhalten der Strausberger Polizei bekannt, daß, während die Löscharbeiten noch im vollen Gange waren, die Familie Walter zu ihrem Entsetzen feststellte, daß eines ihrer vielen Kinder fehlte. Kaum hatte sich diese Schreckensnachricht unter den Umstehenden verbreitet, als sich einige Notstandsarbeiter anschickten, in das brennende Haus einzudringen. Nun aber trat die „Volk-polizei" in Aktion. Und da war es besonders ein wegen seines Leibesumfanges und seiner Schneidigkeit sehr bekannter Polizist, der seine vernünftigeren Kollegen mit den Worten anfeuerte: „Wenn die Brüder nicht parieren, nehmt ohne Rücksicht den Gummiknüppel!" Am anderen Tage wurde dann das sechsjährige Mädchen als vollkommen verkohlte Leiche aus den Trümmern der abgebrannten Notwohnung hervorgezogen.

Wachsende Erregung in Strausberg

Unter den Werktätigen von Strausberg herrscht über das brutale Vorgehen der „Volkspolizei" heftige Empörung. Alle sind sich darüber einig, daß das Kind hätte gerettet werden können, wenn, anstatt in Strausberg 16 Polizeibeamte unnötigerweise zu besolden, nur drei oder vier Berufsfeuerwehrleute angestellt gewesen wären. Denn das Versagen der freiwilligen Feuerwehr bei diesem Brande war geradezu katastrophal. Nicht genug, daß sie volle 25 Minuten brauchte, um an der Unglücksstelle zu sein, stellte sich auch noch bei Beginn der Löscharbeiten heraus, daß die Spritze nicht gebrauchsfähig war.

Sozialdemokrat verhöhnt die Unglücklichen

Noch an demselben Abend des Unglückstages beantragte die kommunistische Fraktion sofortige Auszahlung einer angemessenen Summe zur Linderung der ersten Not. Widerwillig genug bequemte man sich, jeder Familie 100 M. zu bewilligen. Wer aber geglaubt hat, daß die Familien bis zum heutigen Tage das Geld erhalten haben, irrt sich. Ganze 5 M. zahlte man bisher pro Familie aus. Zum Unglück dann noch der Hohn. Erklärte doch der Wohlfahrtsdezernent, ein strammer SPD.-Mann, der Gastwirt Tulacker: „So gut wie jetzt haben es die abgebrannten Familien noch nie gehabt!"

Dem vom Brande am härtesten betroffenen Erwerbslosen Walter ließ das Wohlfahrtsamt das Sterbegeld für sein Kind sperren mit der Begründung: „Das regeln wir". Auch die Gelder, die in den Betrieben für die abgebrannten Familien gesammelt wurden, mußten an das sozialdemokratisch geleitete Wohlfahrtsamt abgeführt werden. Eine Verteilung erfolgte jedoch bisher nicht. Dafür aber verschenkte man alte, fast unbrauchbare, zusammengeschnorrte Klamotten, die nicht das Mitnehmen wert sind.

Die IAH. tritt auf den Plan

In dieser verzweifelten Notlage der schikanierten Familie trat dann die IAH., die Organisation der proletarischen Solidarität, als Retter auf den Plan. Sie organisierte eine großzügige Sammlung, die von der gesamten werktätigen Bevölkerung Strausbergs unterstützt wurde. Dieses Geld wird ohne böswillige Schikane und bürokratische Mäßchen den Aermsten der Armen, die durch die Stadt zu Bettlern gemacht wurden, auf direktem Wege zugestellt.

Soweit die empörende Geschichte des Brandes vom 11. Mai in Strausberg bei Berlin. Erwähnt man dann noch, daß die abgebrannten Familien mit Kind und Kegel zur Zeit in der „Herberge zur Heimat" untergebracht sind, so hat man ein in jeder Beziehung aufschlußreiches Bild über die wahrhaft „großzügige Wohlfahrtspflege" der Behörden gegenüber den Aermsten der Armen in der deutschen Republik.

Das, Werktätige, haben uns die Sozialfaschisten eingebrockt!

„Panzerkreuzer-ABC – tut Proletenkindern weh!"

Der Antisowjetkreuzer A rutscht vorzeitig ins Wasser

Kiel, 19. Mai. Was wir gestern schon in unserem Vorbericht zur Kieler Taufe des Antisowjetkreuzers A voraussagten, ist eingetroffen. Die Schiffstaufe gestaltete sich zu einer patriotischen Raserei ersten Ranges. „Herrliche Tage sind angebrochen, Hindenburg- und Stapellauftage, Flaggen heraus!" triumphieren die Kieler bürgerlichen Zeitungen. Mit ungeheuren Kosten wurde eine Publikumstribüne für 25 000 Personen erbaut. Um 11 Uhr traf Hindenburg, wie ein Kaiser in der Vorkriegszeit mit Salutgeballer und Hurrageschrei begrüßt, im Kieler Hafen ein. Reichskanzler Brüning eröffnet den Taufakt. Doch bevor Hindenburg die Sektpulle gegen die stählerne Wand des Panzerkreuzers werfen konnte, trat das ein, was der „Vorwärts" eine „peinliche Unterbrechung" nennt. Der Schiffsrumpf setzte sich nämlich plötzlich in Bewegung und glitt vor der Zeit von der Helling herab ins Wasser.

Die aufgepeitschten Massen auf dem Werftgelände wurden in diesem Augenblick geradezu von einer Hurra-Raserei erfaßt. Der Schluß der Reichskanzler-Ansprache ging daher in diesem Geschrei vollkommen unter. In der allgemeinen Verwirrung nahm dann Hindenburg nachträglich die Taufe des Panzerkreuzers auf den Namen „Deutschland" vor. Die bürgerliche Presse beeilt sich jetzt zu berichten, daß über die Ursachen des „peinlichen Zwischenfalls" sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet würde. Man vermutet, daß dem Werftpersonal eine falsche Anweisung gegeben wurde, so daß sich die riesigen Bremsen, die den Schlitten, auf dem der Antisowjetkreuzer ruhte, vorzeitig lösten. Natürlich ist man auch wieder schnell bei der Hand, von einem Sabotageakt „antimilitaristischer Kreise" zu munkeln.

Wundern sollte es uns daher nicht, wenn heute der „Vorwärts" zu melden weiß, daß Moskau, die RGO. oder die Gottlosen wieder ihre Hände im Spiel gehabt haben. Liest man doch in der letzten Zeit so viel von kommunistischen Zellen in der Reichswehr und Reichsmarine. Verfluchte Geschichte, wird der „Vorwärts" sagen: Trotzdem das Reichsbanner vollzählig bei dem Taufrummel zugegen war konnte sowas passieren! Nun, wenn dieser Panzerkreuzer später auch noch programmwidrig in die falsche Richtung schießt, dann kann er selbst uns sogar noch sympathisch werden.

Die Kieler Arbeiter haben jedoch in nicht mißzuverstehender Weise bekundet, daß sie diesem patriotischen Rummel des neudeutschen Imperialismus feindlich gegenüberstehen. An den Häuserwänden in den Arbeiterstraßen kleben überall frische Plakate: „Panzerkreuzer oder Kinderspeisung" — „Werktätige, macht den Kriegsschiffschwindel nicht mit". Und an der langen Werftmauer in unmittelbarer Nähe einer Kaserne steht mit großen Buchstaben aufgemalt: „Panzerkreuzer ABC — tut Proletenkindern weh!"

Blutig unterdrückte Zuchthausrevolte

10 brasilianische Gefangene getötet, 15 schwerverletzt

Neuyork, 18. Mai. Nach Meldungen aus Rio de Janeiro ist im Staatszuchthaus der Stadt Curitiba im brasilianischen Staate Parana ein Aufruhr ausgebrochen, der jedoch bald wieder blutig unterdrückt wurde. Zehn Gefangene sind entkommen, während 10 Gefangene auf der Flucht getötet und 15 schwer verletzt wurden.

Vater und Sohn ertrunken

Auf der Lesum in der Nähe von Vegesack ereignete sich am Montag abend ein folgenschweres Bootsunglück, das zwei Menschenleben forderte. Ein mit drei Personen besetztes Boot kenterte aus noch unbekannten Gründen. Der invalide Gastwirt Dierks und sein zehnjähriger Sohn ertranken, während der dritte Insasse sich retten konnte.

Schwere Bluttat in einem Washingtoner Nachtklub

In einem feudalen Nachtklub Washingtons ereignete sich eine schwere Bluttat. Der Sohn eines reichen Neuyorker Geschäftsmannes erschoß einen Polizeibeamten, verletzte den Klubbesitzer lebensgefährlich und beging dann vor den Augen der Lokalbesucher Selbstmord. Montgomeri, der in der Neuyorker Gesellschaft der „Millionärlebemann" genannt wird, hat die furchtbare Tat aus Wut darüber begangen, weil er in dem überfüllten Nachtlokal keinen Platz mehr erhalten konnte. Als die Freundin Montgomeris die Nachricht von der Bluttat erhielt, verübte sie ebenfalls Selbstmord, indem sie sich aus ihrer Wohnung auf die Straße hinabstürzte. Sie war sofort tot.

Todesurteil gegen einen Raubmörder

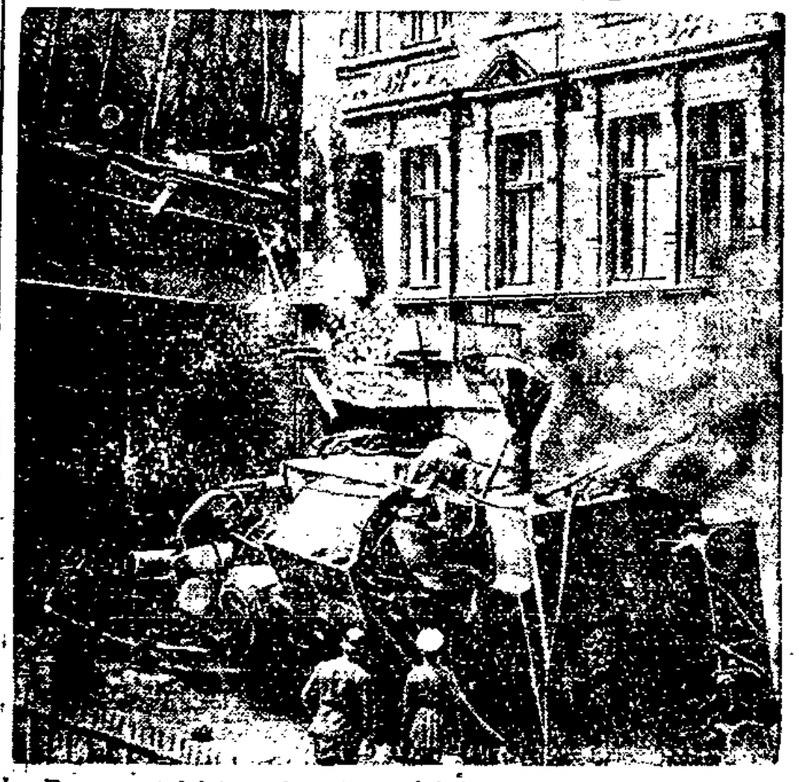
Das Elbinger Schwurgericht verurteilte am Freitag den Gespannführer Franz Sarrach gemäß dem Antrage des Staatsanwaltes wegen Mordes zum Tode. Sarrach hatte in der Nacht zum 20. November den Kaufmann Nickel in Freystadt ermordet und beraubt. Der Angeklagte, der im Begriff stand, sich zu verheiraten, wollte das geraubte Geld dazu verwenden, sich neu einzukleiden.

Sieben Personen mit Käse vergiftet

Drei Kinder bereits gestorben

Osnabrück, 19. Mai. Wie die Polizeidirektion mitteilt, sind in einer Familie in Stockum nach dem Genuß von Käse sieben Personen, drei Kinder und vier Erwachsene, unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Drei Kinder sind bereits gestorben. Zwei Erkrankte sollen sich auf dem Weg der Besserung befinden, während zwei zur Zeit noch in Lebensgefahr schweben.

Lokomotive auf den Bürgersteig gestürzt



In Essen entgleiste, wie wir ausführlich berichteten, vor einer Straßenüberführung infolge falscher Weichenstellung eine Rangierlokomotive, brach durch das Brückengeländer und stürzte auf die Straße.

Sowjetforscher in der Arktis

Forschungsreisen nach dem Polargebiet beschlossen

Im laufenden Sommer werden eine Reihe Forschungsreisen in die nördlichen und Polargebiete vorgenommen werden. Aus Leningrad haben sich bereits zwei Expeditionsabteilungen des Arktischen Instituts in das untere Lenagebiet und auf die Tschukotskihalbinsel begeben, um geologische Schürfarbeiten nach Kohle und anderen Mineralreichtümern zu unternehmen. Gleichzeitig ist für die übrigen Expeditionsabteilungen, die in allernächster Zeit nach Nowaja Semlja, Kanin Nos und anderen Polargebieten abreisen, eine größere Sendung von Geräten abgegangen.

Der Papst betet für Spanien

Beim Empfang der spanischen Pilgergruppe kam der Papst auf die letzten Ereignisse in Spanien zu sprechen. Trotz der Entfernung und der Ungenauigkeit der Nachrichten, so sagte er, habe er leider die Sicherheit, daß sich dort viele „traurige und schmerzliche Ereignisse" abgespielt hätten. „Die Leute, die solche Ereignisse zugelassen hätten, trügen eine sehr schwere Verantwortung." Die Dinge in Spanien „seien auch ohne die letzten Gewalttätigkeiten gegen Gott und die heilige Religion bereits allzusehr kompromittiert gewesen." Der Papst erklärte zum Schluß, daß er für Spanien bete.

Richtig, warum soll der Papst nicht beten? Erstens ist das sein Geschäft und zweitens ist es für Spanien vorteilhafter, wenn er im stillen Kämmerlein betet, als durchs goldene Telephon gegen die Revolution hetzt.

Verantwortlich: Karl Preißner Berlin.

sie sich immer mehr und mehr dem Verfall nähert. Aber eine Bemerkung. Als der Finanzminister Dietrich zu den Oldenburger Wählern kam, sagte er am 12. Mai in Varel u. a.:

„Wenn der vorige Sommer noch glimpflich überwunden wurde und das Reich seit November keinen Kredit mehr braucht, so ist die Lage jetzt dadurch erschwert, daß die Arbeitslosigkeit im erwarteten und erhofften Umfange nicht zurückgeht. Ein endgültiges Urteil ist natürlich z. Zt. nicht möglich, aber man muß sich darauf einstellen, daß der schlimmste Fall eintreten kann."

Das sagt der Reichsfinanzminister, der mit Brüning und Schiele das neue Hungerprogramm gegen das werktätige Volk in Deutschland einpeitschen helfen soll. Alle Parteien, **Volkspartei** und **Zentrum, Staatspartei** und **Wirtschaftspartei,** die **Deutschnationalen,** die **Nazis** und die **Sozialdemokraten** sind die Stützen der Brüningdiktatur, sind die Einpeitscher der Hungeraktion gegen das werktätige Volk. Mit ihnen müssen die Arbeiter und Erwerbslosen, die Angestellten und Beamten, die Kleingewerbetreibenden und Handwerker jetzt Abrechnung halten!

Aber von dieser Stelle aus muß noch eine Frage besonders gestellt werden: so grenzenlos die Not in der Stadt, so ungeheuer groß ist

Die Not auf dem Lande

Die Agrarkrise tobt mit unheimlicher Wucht gegen die armen und mittleren Bauern. Niemand ist da, der diesen ausgebeuteten und ruinierten Schichten hilft. Hugenberg, der deutschnationale Einpeitscher der faschistischen Reaktion, hat in ganz Deutschland und auch hier die Losung herausgegeben! „Bahn frei für die Rechte!" und dabei die Behauptung aufgestellt, daß dadurch die „Rettung der Landwirtschaft" möglich sei. Heute weiß jeder politisch denkende Bauer, oder er sollte es wissen, wenn Hugenberg „Landwirtschaft" sagt, dann meint er damit die Großagrarier, denen die trustkapitalistische Regierung in Deutschland riesige Liebesgaben zuschanzte, die die alleinigen Nutznießer des volksfeindlichen Zollwuchers sind, die das werktätige Volk bei vollen Scheunen verhungern lassen! Warum verschweigt Hugenberg, daß die Deutschnationalen durchaus dafür sind, daß Pachtzinswucher und Kreditwucher dem armen Bauer den Hals abdrehen, daß deutschnationale Großgrundbesitzer die ruinierten Kleinbauern von der Scholle verjagen, ihnen das Land unter den Füßen wegschachern. Der Landbund und die Landvolkbewegung arbeiten ebenfalls für die Taschen der Großbauern und Großgrundbesitzer!

Die Kommunistische Partei und das Proletariat reichen den armen Bauern die Bruderhand zum Kampfbündnis gegen das bankrotte System!

Wir müssen erkennen, daß nicht allein die Arbeiterschaft, die Angestellten und unteren Beamten, sondern auch die werktätige Bauernschaft durch die Krise und durch die Politik der herrschenden kapitalistischen Klasse aufs schwerste getroffen wird. Die faschistische Agrarpolitik der Brüning-Schiele-Regierung mit Unterstützung der Sozialdemokratie bedeutet alljährlich Subventionen, Liebesgaben an die Junker und Kulaken auf Kosten der arbeitenden Massen in Höhe von ungefähr 4 Milliarden Mark. Allein die „Osthilfe", die nur ein Teil dieser Politik ist, gibt den ostelbischen Junkern und Finanzkapitalisten 2½ Milliarden. Die Nationalsozialisten und die „Grüne Front" haben gegen diesen Milliardenraub zugunsten der Großagrarier nichts anderes einzuwenden, als daß er ihnen noch nicht weit genug geht. Andererseits ist diese Politik bewußt und planmäßig auf die Verelendung, Ruinierung der Existenz der werktätigen Bauern gerichtet. Drastisch, zynisch und offen gibt der preußische Landwirtschaftsminister, der Zentrumsmann Dr. Steiger, das in seiner Denkschrift über die Schweinezucht in Deutschland zu. Diese Denkschrift vom 14. April d. J. ist besonders geeignet, den kleinen und mittleren Landwirten von Nordwest-Deutschland die Augen zu öffnen.

Der Zentrumsminister Steiger erklärt es als eine gesunde Entwicklung, daß in Nordwestdeutschland die bäuerlichen Schweinezüchter zugrunde gehen und dafür dem Osten, den ostelbischen Junkern dieser Produktionszweig, die Schweinemast gesichert wird.

Triumphierend stellt dieser Landwirtschaftsminister fest, daß bereits im Jahre 1930 eine Abnahme des Schweinebestandes im bäuerlichen Nordwesten und eine wesentliche Zunahme in Ostelbien erreicht worden sei. Dieser Zentrumsminister erklärt auch unverblümt, mit welchen Mitteln die Brüningregierung dies fertig gebracht hat. Mit den Mitteln der hohen Futtermittelzölle und des Maismonopols!

Schon die faschistische Zollpolitik der Regierung allein ruiniert ganz planmäßig die werktätigen Bauern! Dazu kommen die Steuern, die Schuldenzinsen, die Pachtlasten, die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Bauernschaft usw.

Das kapitalistische, zerfaulende System, die faschistische Politik der Regierung und aller bürgerlichen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, bedeutet: Verelendung, Ruin, Bettelstab für die werktätigen Bauern! In steigendem Maße werden werktätige Bauern durch Pfändung und Zwangsversteigerung enteignet und auch von der Scholle vertrieben.

84 Junker besitzer viermal so viel wie 34 0000 Kleinbauern

Lassen wir eine Tatsache und einige Ziffern sprechen. 34 432 Zwerg- und Kleinbauern in Oldenburg, die Hälfte der ganzen landwirtschaftlichen Bevölkerung besitzt 15 526 Hektar zur Bewirtschaftung. 11 441 Betriebe von 2 bis 5 Hektar bewirtschaften 36 827 Hektar. 84 Großgrundbesitzer haben fast viermal soviel Boden wie 34 431 Bauern unter 2 Hektar.

Während die Zahl der Großgrundbesitzer von 1907 bis 1925 in allen Agrargebieten Deutschlands abgenommen hat und ihr prozentualer Bodenanteil zurückging, hat sie eigenartigerweise in Oldenburg zugenommen.

60 Prozent aller Bauern haben nur ein Zwölftel des Bodens in Oldenburg.

Was Engels einmal sagte, daß der Großbetrieb über den Kleinbetrieb hinweggeht wie die Lokomotive über den Schubkarren, zeigt sich hier in eurem Lande Oldenburg. Schiele, Brüning und Dietrich haben mit Zustimmung der Sozialdemokraten und Nazis das Massenelend der armen Bauern wesentlich gesteigert. Die Futtermittelkosten betrugen 1913 für je 100 Kilo Lebendgewichtzunahme bei der Schweinemast für Ostdeutschland 70,70 Mark, für Nordwestdeutschland (Oldenburg) 67,80 Mark, im Jahre 1930 für Ostdeutschland 70,90 Mark, für Nordwestdeutschland und die Oldenburger Schweinezüchter 92,40 Mark. Da muß doch angesichts der Tatsache, daß die Schweinemarktpreise auf den Viehmärkten heute 72 bis 75 Mark pro 100 Kilo betragen und diese Entwicklung weitergeht, der Bauer zugrunde gehen.

Mit dieser zielbewußten Politik der Liebesgaben an die ostdeutschen Schweinezüchter und Großbauern und der Futtermittelverteuerung für die nordwestdeutschen Kleinbauern wurden die Oldenburger Bauern, soweit sie von der Schweinezucht abhängen, mehr und mehr in den Ruin hineingejagt und müssen heute

das letzte Ferkel versteigern, um Wucherzinsen für Kredite und Pachten und Steuersummen zu bezahlen.

Die Oldenburger Bauern merken die gewaltige Verarmung in den Städten, den von der gleichen Regierung erzwungenen Niedergang der Konsumkraft der Massen, die nicht mehr imstande sind, sich Fleisch und Eier, Milch und Butter zu leisten. Die sogenannte „Westhilfe" ist die betrügerische neue Form, um die Erbitterung der Bauernmassen zu ersticken.

Die Volksrevolution gibt den Kleinbauern das Land der Großagrarier

Die Volksfeinde gehen auf die Dörfer und lügen den armen Bauern vor: „Die Kommunisten wollen dir das Land wegnehmen. Die Kommunisten holen dir die letzte Kuh aus dem Stalle. Die Kommunisten wollen dir die Kirche aus dem Dorfe tragen." Tatsächlich haben viele Bauern besonders in diesem Gebiet noch der Zentrumspartei, dem Landbund und ganz besonders den Nazis Glauben geschenkt.

Wir aber stellen hier vor der oldenburgischen werktätigen Oeffentlichkeit und vor der gesamten Oeffentlichkeit in Deutschland die schamlosen Hetzlügen an den Pranger. Wir sagen:

Bauern, Augen auf! Die Brüningregierung und die Schielesche Agrarpolitik, die Steuerpolitik von Dietrich und die von der Sozialdemokratie gebilligte Senkung der Reallöhne und der Abbau der Sozialgesetzgebung, sie treiben dich in den Ruin.

Der kapitalistische Staat schickt den Gerichtsvollzieher, holt die letzte Kuh, das letzte Ferkel aus dem Stall und versteigert dir den Grund und Boden. Die Kalisyndikate wuchern dich aus, und die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken ziehen dir mit ihren Wucherpreisen das Fell über die Ohren. Nazi, Zentrum, Landvolk und Deutschnationale, Volkspartei, Staatspartei und die Sozialdemokraten, alle stehen schützend vor den Großagrariern, sie alle sprechen den Großgrundbesitz heilig und treiben die arme Bauernschaft in den Ruin.

Aber die Kommunistische Partei hat bereits in ihrem Programm der sozialen und nationalen Befreiung des werktätigen deutschen Volkes vor dem 14. September erklärt:

Die Volksrevolution unter Führung der Kommunistischen Partei wird auch den werktätigen Bauern die Freiheit bringen. Die ersten beschleunigten Maßnahmen der proletarischen Diktatur werden sofortige Hilfe bringen, entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer und Landzuteilung an die kleinen Bauern. Streichung aller Schuldenlasten, restlose Beseitigung des Zinswuchers und Beseitigung aller Pachtabgaben, Befreiung des kleinen Bauern von allen Steuern und Abgaben.

In Sowjetrußland ist der Bauer kein Knecht mehr, sondern Herr!

Das sind keine leeren Wahlversprechungen. Geht nach der Sowjetunion! Fragt den kleinen Bauer, ob er nicht Land von den enteigneten Großgrundbesitzern durch die Sowjets erhalten hat. Fragt die Millionenmasse der russischen Bauern, was sie von Steuerwucher, Zinswucher und Pachtwucher wissen.

Sie werden euch auslachen und werden euch antworten: das gibt es in der sozialistischen Sowjetunion nicht mehr!

Aber die russischen Sowjetbauern werden euch sagen, daß sie von der Sowjetregierung besten Zuchtsamen und Zuchtvieh zu Selbstkostenpreisen erhalten.

Die russischen Bauern werden euch erzählen, wie ihre Söhne auf die landwirtschaftlichen Hochschulen der Sowjetunion gesandt werden und dort mit voller Unterstützung der Sowjetunion die modernste Agrarwirtschaft studieren.

Die russischen Bauern werden euch sagen, wie der Sowjetstaat die besten Düngemittel und die fortschrittlichsten Kulturen überall im Lande einführt.

Und die russischen Bauern, die den Fortschritt der Rationalisierung erkennen, die freiwillig einsahen, daß ein kleiner Bauer mit 2 bis 5 Hektar sich nicht einen Traktor oder Maschinenpflug oder einen Mähdrescher leisten kann, haben sich zu Kollektiven zusammengeschlossen. Diese Kollektive haben feste Abkommen mit den Sowjets in den Städten getroffen. Ein riesiger Teil der Sowjetindustrie produziert Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen. Ein größer Teil der riesigen Elektrowerke elektrifiziert das russische Dorf. Hunderttausende von Traktorenführern, Technikern und Agronomen helfen den russischen Bauern bei der Modernisierung der russischen Landwirtschaft.

Denn der kleine Bauer will aufhören und hat aufgehört Knecht und Ausbeutungsobjekt zu sein. Mit Hilfe der Sowjets wird er ein Mensch, der 8 Stunden am Tage arbeitet, der 8 Stunden für seine Bildung und Unterhaltung frei und außerdem 8 Stunden Zeit hat, um zu ruhen für den nächsten Tag.

Die Oldenburger und viele arme Bauern in Deutschland müssen heute 14, 15 und sogar 16 Stunden täglich arbeiten. Der russische Bauer kleidet sich anständig, will als Mensch leben, er hat seinen Radioapparat, er hört die aufklärenden Vorträge, er nimmt im Jahre seinen viermöchigen Urlaub. Und wenn ein Bauer im Sowjet und in der Kollektive besonders tüchtig ist und vorbildlich arbeitet, dann fährt er auf Kosten der Sowjetunion nach der Krim, in das frühere Zarenschloß Livadia und

schläft in den Zimmern und ißt an dem Tisch, an dem früher der Zar mit seinem Parasitengeschmeiß Schweiß und Blut des Volkes mit seinen Maitressen verpraßte

Die Sowjetunion öffnet dem Bauern neue Perspektiven, er kann neben dem Proletariat die höchsten Stellen im Staatsapparat und in den Sowjets bekleiden.

Unter dem Traktor oder auf dem Traktor

In den kapitalistischen Ländern bleibt der Traktor den Großagrariern reserviert, und der Großgrundbesitzer frißt den kleinen Bauern auf. In der Sowjetunion bleibt der Traktor für die Millionen kleiner Bauern reserviert, und die kleinen Bauern haben dort die Großagrarier und die Großbauern aufgefressen. Einige Beispiele aus dieser Entwicklung: Im Jahre 1930 waren 6 Millionen Bauernhöfe = 24 Prozent kollektiviert, im März 1931 bereits 12 Millionen Bauernhöfe = 48,6 Prozent. Ende 1931 rechnet man damit, daß etwa 55 bis 60 Prozent aller Bauernhöfe kollektiviert sein werden. Bald

in allen kapitalistischen Ländern wird die Aussaatfläche verringert, in der Sowjetunion aber erweitert.

Im Jahre 1930 eine Erweiterung um 10 Millionen Hektar, im Jahre 1931 bereits eine Erweiterung um 15 Millionen Hektar. Die Aussaatfläche pro Bauernhof betrug im Frühling 1930 2,7 Hektar, im Frühling 1931 bereits pro Bauernhof 5,2 Hektar. Die Getreideernte betrug im Jahre 1929 71,7 Millionen Tonnen, 1930 schon 87,4 Millionen Tonnen. Die Getreidelieferung an den Staat betrug 1929 18 Millionen Tonnen, im Jahre 1930 bereits 24 Millionen Tonnen.

Eine wesentliche Steigerung der materiellen Lage der Bauern zeigt sich in den Kollektiven. Das durchschnittliche Jahreseinkommen des Einzelbauern betrug vor dem Kriege jährlich 242 Rubel. Mit dieser Summe mußte er alles einkaufen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen des Kollektivbauern bei weit größeren Vergünstigungen wie es früher im zaristischen Rußland der Fall war, beträgt schon 500 Rubel jährlich und wird sich in

Bäuerinnen in wendischer Tracht demonstrierten am 17. Mai bei der grandiosen Fahnenweihe der KPD. in Aurith bei Frankfurt a.d.Oder

der nächsten Zeit noch wesentlich erhöhen. Der Einzelbauer erntet dort im Durchschnitt 26 Zentner Getreide,

der Kollektivbauer aber erntet schon weit mehr als das Doppelte,

im Durchschnitt 59 Zentner Getreide. Das schnelle Tempo der Entwicklung der bäuerlichen Millionenmassen zur Kollektive vollzieht sich nicht, wie die Bourgeoisie fälschlich behauptet, durch Zwang, sondern durch die freiwillige Entscheidung im praktischen Leben und Denken, und durch die Entscheidung der Dorfarmut und der Mittelbauern selbst.

Die Agrarkrise in Deutschland stellt auch den deutschen Kleinbauer vor die Alternative: Entweder mit den Kommunisten unter der Fahne unseres Freiheitsprogramms, für dessen Sieg, auf dem Traktor — oder mit den Bürgerlichen und Faschisten, dann kommst du unter den Traktor und wirst zerstampft.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft zur aktiven Unterstützung des Bauernkampfes!

Das Plenum des Zentralkomitees vom 14. und 15. Mai beschäftigte sich mit der ungeheuren Bauernnot. Bis jetzt war unsere Arbeit zu wenig wirkliche Massenarbeit unter den werktätigen Bauern, eine viel zu parlamentarische Arbeit. Wir müssen jetzt einen wesentlichen Schritt weitergehen. Wie wir in die Industriearbeitermassen eingedrungen und in neue unterdrückte Schichten, so müssen wir jetzt auch als die einzigen Retter des werktätigen Volkes aus dieser tiefen Krise stärker und tiefer in die werktätigen Bauernschichten hineinsteigen. Die Kommunistische Partei ruft die Arbeiter, Angestellten auf, den Kampf der werktätigen Bauern um ihre Existenz zu unterstützen,

gemeinsam mit der Bauernschaft die Pfändungen und Zwangsversteigerungen zu verhindern.

Allein die Kommunistische Partei kämpft auch für die Interessen der werktätigen Bauernschaft. Gegenüber dem Programm der Liebesgaben für die Junker und Großbauern und der Vernichtung der Existenz der werktätigen Bauern proklamiert die Kommunistische Partei das gesamten revolutionären Proletariat entschlossen für ihre Forderungen kämpfen.

Die Kommunistische Partei und das mit ihr verbundene Proletariat steht auch in diesem Kampfe treu zur Seite. Sie wird stärker denn je hinausgehen ins Dorf und wird das ganze Landvolk mobilisieren. Sie wird auf den Stempelstellen und in den Großbetrieben das städtische Proletariat zur Hilfe für die Bauern holen.

Sie wird in allen öffentlichen Versammlungen, von allen Parlamentstribünen, überall die große Not der Bauern verkünden und zum Kampfe für die Bauern aufrufen. Als kürzlich eine Delegation des Eifelgebiets bei einer kommunistischen Massenversammlung in Köln erschien und ihre begeisterte Zustimmung zum sozialen und nationalen Befreiungsprogramm und zur Politik der Kommunistischen Partei dort aussprach, symbolisierte das die engste Solidarität und

das Bündnis des Proletariats mit den werktätigen Bauern

Dies muß überall viel mehr in Erscheinung treten. Zur Rettung des gewerblichen Mittelstandes im Kampfe gegen das Finanzkapital und seine Regierung müssen in der Stadt und auf dem Lande auch diese notleidenden Schichten in die große Klassenfront einbezogen werden. Unsere Forderungen für alle diese Schichten sind bekannt. Sie müssen viel stärker propagiert und vertreten werden. Wir rufen von dieser Stelle und überall in Deutschland auf:

Programm der Hilfe für die werktätigen Bauern!

In diesem Programm werden die Großagrarier und Großbauern vergeblich etwas für sich suchen. Es ist ein Kampfprogramm, eine Kampfansage gegen den Monopolkapitalismus, gegen die Großagrarier und wucherischen Zollpolitiker.

Unter stürmischem Beifall verliest nunmehr Genosse Thälmann die einzelnen Punkte des Bauernhilfsprogramms, das wir an der Spitze unseres heutigen Hauptblattes veröffentlichen. Dann gibt der Führer des deutschen Proletariats den großen revolutionären Ausblick:

Die Losung der Bourgeoisie ist: Den Reichen geben und den Armen stehlen!

Darum werden alle diese Kampfforderungen zur Hilfe der werktätigen Bauernschaft von dieser Kapitalistenregierung mißachtet und auf das entschiedenste bekämpft.

Das werktätige Landvolk muß sich unter Führung der Kommunistischen Partei für diese Bauernforderungen einsetzen und im festen Bündnis mit dem Industrieproletariat für die Durchführung dieser Forderungen überall kämpfen. Die einzige Garantie für die siegreiche Durchführung der Forderungen ist der gemeinsame Kampf für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft, für die Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung, das heißt für ein freies sozialistisches Sowjetdeutschland! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Das Schlußwort des Genossen Thälmann

Im Anschluß an die Diskussion hielt Genosse Ernst Thälmann das folgende Schlußwort:

In Deutschland sind Hunderttausende von Bauernwirtschaften in ihrer Existenz bedroht. Diese Tatsache ist von ungeheurer politischer Bedeutung. Sie erschüttert eines der Fundamente der Herrschaft der Bourgeoisie, ihre Hegemonie über die Bauernschaft. Der massenhafte Ruin des bäuerlichen Privateigentums erschüttert den Glauben des Bauern auch an dieses kapitalistische System. Der jahrelange Betrug an den werktätigen Bauernmassen mit der „Osthilfe", der neu beginnende Betrug mit der Einsetzung der Kampagne der „Westhilfe" muß den Bauern zum Bewußtsein gebracht werden und unserer Partei Gelegenheit geben, kühner und offensiver unsere Bauernpolitik zu verteidigen und zu vertreten. Natürlich sagen wir ganz offen, daß die Niederlegung der Kampfforderungen aufs Papier noch nicht ihre Erfüllung bedeutet. Die werktätigen Bauernmassen müssen durch ihre Selbsthilfe und Initiative gemeinsam mit der KPD. und dem

Zur Volksaktion für Arbeit, Boden, Brot und Freiheit, gegen die Hungeraktion der vereinigten Volksfeinde!

Die werktätigen Bauern werden mit einrücken in die Front der sozialistischen Volksrevolution unter Führung der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei. Wie für die Arbeiter und Arbeiterinnen, für die Millionen Arbeitslosen, für die Beamten und Angestellten und den städtischen Mittelstand, so wird auch für die Millionenmasse der kleinen Bauern die Stunde der Erlösung schlagen mit dem Siege der Volksrevolution, dem Sieg der sozialistischen, proletarischen Revolution! Keine kapitalistische Regierung, keine kapitalistische Partei wird den Großgrundbesitz enteignen, wird die landarmen Bauern zur Regierung heranziehen. Keine Wirtschaftsordnung außer der des Kommunismus wird dem kleinen Bauern aus der Not der Agrarkrise helfen, ihm den Aufstieg zum Menschentum und Sozialismus eröffnen.

Es gibt in Deutschland nach der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Statistik der Einkommen- und Vermögenssteuerveranlagung für 1927, die jetzt veröffentlicht wurde, im Jahre 1927 2465 Millionäre. Diese zweieinhalbtausend Schmarotzer besitzen ein Vermögen von 5580 Millionen. Die Geldsackdiktatur schont diese Leute. Im Lande des Sozialismus, im Lande der proletarischen Diktatur ist für diese Schmarotzer kein Raum mehr. Es gibt in der „Nation" zwei Nationen, die Nation der Reichen, der Satten, diese verschwindend geringe Minderheit — und die Nation der Armen, der Hungrigen, die Millionenfront der unterdrückten Werktätigen. Der Entscheidungskampf zwischen diesen beiden Fronten ist unvermeidlich. Durch Wahlen am morgigen Tag in Oldenburg wird diese Entscheidung nicht fallen. Die Millionen Arbeiter, Beamte und Angestellte, Werktätige, Mittelständler und die Scharen der Bauernschichten, sie können sich nur befreien, wenn sie über die Wahl hinaus nicht nur der Kommunistischen Partei ihre Stimme geben, sondern gewillt sind, gemäß dem Befreiungsprogramm der KPD. für ihre eigene Befreiung sich überall einzusetzen, zu kämpfen und auch zu siegen.

Wir sind die einzige Partei, die unabhängig ist von der Bourgeoisie. Wir führen den Wahlkampf nicht um Ministerposten und Staatspfründen. Unser großer Kampf ist in den Prinzipien unseres Freiheitsprogramms niedergelegt. Die Millionen werktätigen Frauen in Deutschland, die geknechtete und unterdrückte proletarische Jungarbeiterschaft, das in grenzenloser Not lebende Landproletariat, die Landarbeiter, sie alle werden in diese große Armee immer mehr mit eingereiht. Der Kommunismus ist heute schon die einzige Kraft, der die Zukunft gehört.

Unser revolutionärer Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos ist die einzige Rettung!

Morgen wird noch gewählt. Wir wissen, daß uns viele heute noch nicht verstehen, und auch ihre Stimme noch nicht geben. Uebermorgen aber schon werden jene, die sie gewählt haben, sich schon entlarven müssen, die eigenen Wählermassen betrügen.

Wir haben nichts zu versprechen im Wahlkampf, als daß ihr nur durch euren eigenen Massenkampf gegen die Bourgeoisie unter Führung der Kommunistischen Partei euch aus dieser elenden Lage befreien könnt. Wir mobilisieren und rüsten zu diesem Massenkampf. Unser Freiheitsbanner entrollen wir an allen Fronten des gesellschaftlichen Lebens.

Unsere Partei und mit ihr die revolutionäre Massenfront marschiert vorwärts! Unser Kampf geht gegen das heutige Youngsystem, gilt dem heutigen Youngdeutschland! Unser Massenkampf gilt zugleich der besseren Zukunft, dem Sieg eines Sowjetdeutschlands, in dem Arbeit, Boden, Brot und Freiheit allen Werktätigen gegeben und garantiert wird. In diesem Sinne vorwärts mit uns zu neuen Kämpfen und zu neuen Siegen! (Stürmischer Beifall.)

Kein Quartier, kein Schluck Wasser den Stahlhelmbanden!

Schauspielhaus
Operettenbühne
Fernspr. 363 00
Täglich 8 Uhr:
Liebe und Trompetenblasen
Volkstümliche Preise

LIEBICH
Heute Mittwoch, Donnerst. u. Freitag
Die 3 letzten Vorstellungen der Piscator-Bühne: **§ 218 Frauen in Not**
Volkstüml. Eintrittspr. 0.50, 1.—, 1.50
Freitag nachm. 4 U. Erwerbslosen-Vorstllg. Eintritt 0.30—0.50

Kinderwagen Klappwagen

Riesen-Auswahl
Billigste Preise
Suchantke
Ohlauer Str. 35

Genosse u. Genossin
kauft nur bei den Geschäftsleuten die in der
„Arbeiter-Zeitung" inserieren!

Brieger Kunstfärberei K. Köhler
Georgstraße 10a
Größtes Geschäft am Platze
Filialen: Burgstraße 12, Paulinenstr. 1, Simon, Milchstr. 15

Empfiehle billigst
Kolonialwaren u. Delikatessen
ff. frische Röstkaffees
Kaffee Hag
Wilhelm Pillep
Brieg, Bahnhofstraße 15

Fleischerei und Wurstfabrik
Paul Weißer, Brieg
Neuhäuser Nr. 1

Fahrräder, Motorräder
Fritz Knappe
Brieg, Piastenstraße Nr. 3

Beim Einkauf von
Herren- u. Knaben-Bekleidung
bitte ich, stets meine Firma zu berücksichtigen. Ich biete Ihnen die größten Vorteile inbezug auf Preiswürdigkeit und Lieferung von Qualitätsware, weil ich den Zwischenhandel vollständig ausschalte und sämtliche Konfektion selbst fabriziere. — Bitte besichtigen Sie meine großen Lager!
Herren-Kleider-Fabrik
Franz Kuhnert
Brieg, Lange Straße 11
Verkaufsgeschäfte:
Oppeln, Krakauer Straße 21
Frankenstein, Breslauer Str. 5
Hirschberg, Markt 16
Glatz, Roßstraße 1-3
Neiße, Breslauer Straße 1

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

Schneiders „Möwen"-Zwieback
ist gesund
macht die Kinder dick und rund
Liegnitz
Bäckerstr. 2, Breslauer Str. 119
und in den bekannten Verkaufsstellen

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg 5
Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands
Versicherungsleistungen über **11 Millionen Mk.** seit November 23 (Ende der Inflation)
Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit 900 Millionen RM. Versicherungssumme, 125 Millionen RM. Vermögen, davon Eigentum der Versicherten: über 85 Millionen RM. Prämienreserve, über 20 Millionen RM. Gewinnanteile, zusammen über 105 Millionen RM.
Nähere Auskunft erteilen: die Gewerkschaften, die Vertrauensleute der Volksfürsorge und die Rechnungsstelle Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 30-33, Oppeln, Zimmerstraße 6 oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5.

Trinkt deutschen Tee
(s. a. Arb.-Ztg. Nr. 89)
Genossen! **Kauft Mate-Tee**
nur vom Genossen
Hindemit, Breslau, Yorckstr. 49 ptr.
10 Prozent Erlös der R. H. D.
Frei-Haus-Lieferung! Postkarte wird ersetzt!

Breslau

Wer will zurückbleiben?!

Der sechzigjährige Genosse G. vom Stadtteil Zentrum sammelte in wenigen Tagen für den Antifaschistischen Kampffonds 6 Mark.

Wo bleibt ihr jüngeren Genossen?

Die „Besohlei" als Jungarbeiter-ausbeutungsinstitut

Von den Groschen der Arbeiterbevölkerung leben unzählige Schichten, welche Bedarfsartikel für die Arbeiterschaft herstellen. Zu dieser Schicht gehört auch der Besitzer der „Besohlei". Man müßte also meinen, daß er alles daransetzen würde, um mit seinen Arbeitern derartig umzugehen, damit die Arbeiterkundschaft ihm auch erhalten bleibt. Doch weit gefehlt. Gerade die Jungarbeiter sind in diesem Betrieb die Ausbeutungsobjekte. So wurde Ende Februar ein Jungarbeiter als Laufbursche angestellt. Nach dreiwöchiger Tätigkeit wurde er als Färber angelernt, und man entließ den alten Färber. Als man nun von diesem Jungarbeiter verlangte, er solle am Sonntag das Auto des Chefs putzen, weigerte er sich. Auf Grund dessen wurde der alte Färber zurückgeholt und der Jungarbeiter wegen „Arbeitsmangel" entlassen. Der Grund der Entlassung war aber in Wirklichkeit nur, weil der Jungarbeiter mit Recht die Sonntagsarbeit verweigerte. Auch sonst ist es in diesem Betriebe üblich, daß die Laufburchen, sei es im Hauptgeschäft Nikolaistraße 16/17 oder in den Filialen Gabitzstraße 66 und Blücherstraße 25, über die Arbeitszeit hinaus ohne Entschädigung arbeiten müssen.

Wir glauben, es liegt selbst im ureigensten Interesse des Inhabers, Personal nicht als Ausbeutungsobjekt zu betrachten, da sonst eben die Arbeiterschaft darauf verzichten wird, bei einem derartigen Ausbeuter seine Schuhe instandsetzen zu lassen.

Für die Jungarbeiterschaft heißt es aber nicht lamentieren, sondern sich zu organisieren, um den Kampf gegen die Unterdrückung der Jungarbeiter aufzunehmen. Deshalb, Jungarbeiter, tretet bei den Jugendgruppen der RGO.! Hinein in den Kommunistischen Jugendverband, kämpft Schulter an Schulter mit den Jungkommunisten für die Befreiung der arbeitenden Jugend!

Auch die Gasthausangestellten erwachen

Mit Hilfe der RGO. hatten einige Angestellte des Gasthausgewerbes dieser Tage eine öffentliche Versammlung nach dem „Gelben Löwen" einberufen, die sich eines verhältnismäßig guten Besuchs zu erfreuen hatte. Die Herren des Zentralverbandes hatten es allerdings vorgezogen, nicht zu erscheinen, obwohl sie von dem allen bekannten Herrn Dessau besonders darum ersucht worden waren.

Genosse Gallinat hatte das Referat übernommen und schilderte, gestützt auf reichhaltiges Material, die geschichtliche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, unter besonderer Berücksichtigung der Vorgänge innerhalb derselben während der letzten Jahre. Er zeigte, wie sich dieselben aus einer Organisation zum Kampfe für die Arbeiterklasse zu einer ausgesprochenen Interessenvertretung des Kapitals entwickelt haben und so die Notwendigkeit entstand, Organe zu schaffen, die der Arbeiterschaft wieder eine Vertretung ihrer Klasseninteressen ermöglichte. Ein solches Organ ist die RGO., die trotz des kurzen Bestehens bereits unwiderlegbar den Beweis erbracht hat, daß sie wirksam gegen Ausbeutung und Knechtung kämpft. Nachdem Genosse Gallinat noch die besonderen Verhältnisse im Gastwirtsgewerbe besprochen, die Ursachen des in diesem Gewerbe in letzter Zeit besonders um sich greifenden Elends aufgezeigt, schloß er seinen Vortrag mit dem Appell, alles dafür einzusetzen, daß die Arbeiter und Angestellten im Gastwirtsgewerbe sich restlos um die RGO. gruppieren müßten, um unter ihrer Führung der Verelendung ein Ende zu bereiten.

An den Vortrag schloß sich eine Diskussion an. Der ZV. hatte einen Kollegen namens Denier entsandt, der aber nur einige nichtssagende Ausführungen machte und dann verschwand. Es sprach dann noch Stadtverordneter Genosse Guhr und Genosse Loetsch. Der letztere besprach auch die Vorgänge am Arbeitsnachweis und prangerte das Verhalten des dort tätigen Beamten Kolberg entsprechend an. Am Schluß der Versammlung wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen:

1. **Aufwandsentschädigung in Höhe von 2 Mark.**
2. **Ein festgesetzter Garantielohn von Sonntags 8 Mark, Wochentags 6 Mark.**
3. **Abschaffung der Zustände beim Arbeitsnachweis des Gastwirtsgewerbes betr. des stundenlangen Stehens und der schnelleren Abfertigung.**

Nach der Sitzung wurden noch mehrere Aufnahmen für die RGO. gemacht.

Das Todesurteil gegen den Frauenmörder Schiewek vom Reichsgericht bestätigt

Am Montag fand in Leipzig die Revisionsverhandlung gegen den Frauenmörder Schiewek statt, der von dem Schwurgericht in Breslau wegen Mordes an der Sittendirne Kristen und seiner Ehefrau zum Tode verurteilt worden war.

Der Große Strafsenat des Reichsgerichts hat die Revision im Mordprozeß Schiewek entsprechend den in der nicht öffentlichen Sitzung gemachten Ausführungen der Reichsanwaltschaft verworfen. Das Todesurteil ist somit rechtskräftig geworden.

Der Mord an der Kristen hatte seinerzeit großes Aufsehen erregt, weil es sich um einen Lustmord handelte. Schiewek konnte erst als Täter ermittelt werden, nachdem er seine Ehefrau unter ähnlichen Umständen ermordet hatte. Es besteht die Möglichkeit, daß Schiewek, der seine Opfer durch Messerstiche tötete und nach Sachverständigenurteilen sadistisch veranlagt ist, noch einen weiteren Mord an der Sittendirne Schulz auf dem Gewissen hat. Zwar ist ein Bäcker Pohl aus Breslau wegen Mordes an der Schulz bereits verurteilt, doch haben sich Zweifel an seiner Schuld ergeben. Die Ermittlungen in dieser Sache sind zwar bisher ergebnislos geblieben, wurden aber gerade vor einigen Tagen wieder mit allem Nachdruck aufgenommen.

Achtung! Kampfbund-Funktionäre!

Am Mittwoch, dem 20. Mai, 20 Uhr findet in „Stadt Leipzig", Ursulinerstraße, eine Funktionärsitzung statt. Es ist Pflicht aller Funktionäre, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen. Die von der Bezirksverbandsleitung herausgegebenen Funktionärausweise berechtigen nur zum Eintritt.

Bezirksverbandsleitung.

Ein „guter Rat" des städt. Wohlfahrtsamtes Ohlau:

Den alten Vater verklagen!

Uns wird geschrieben:

Ohlau. Ich bin ein Mensch von etwa 30 Jahren, seit langer Zeit erwerbslos und ausgesteuert. Mein Vater hat das Glück, in der Landwirtschaft noch zu arbeiten, ebenso meine alte Mutter. Das städtische Wohlfahrtsamt in Ohlau hat nun „festgestellt", daß mein Vater einen wöchentlichen Lohn von 18 bis 20 Mark hat. Meine Mutter soll einen Lohn von 12 bis 15 Mark gehabt haben, liegt aber nun in dem städtischen Krankenhaus und ist zurzeit erwerbslos. Dazu kommt nun noch das Deputat und die Einkünfte aus dem Kleinvieh usw.

Ich muß dazu bemerken, daß mein Vater laut Lohnbeutel und Lohnauszug folgenden Wochenlohn verdiente:

23. Januar 1931	11,04 Mark
30. Januar 1931	9,23 „
27. Februar 1931	11,40 „
20. März 1931	11,66 „
27. März 1931	11,63 „
10. April 1931	8,79 „

Einige Beispiele meiner Mutter:

11. November 1930	5,74 Mark
20. November 1930	8,92 „
27. November 1930	9,44 „
4. Dezember 1930	4,84 „
11. Dezember 1930	6,99 „
18. Dezember 1930	0,42 „

Wie kommt nun das Wohlfahrtsamt zu den angeführten Löhnen, die meine alten Eltern erhalten sollen? Wie das Deputat der Landarbeiter aussieht, brauche ich wohl nicht näher anführen. Und die „Nebeneinkünfte" aus dem Kleinvieh sehen genau so aus wie bei den Schrebergärtnern. Diese alten Leute sollen nun mich, einen Menschen in seinen besten Jahren, ernähren und bekleiden. Ich muß dabei an die Enzyklika des Papstes denken und an den § 218, das Kommentar erübrigt sich wohl. Das städtische Wohlfahrtsamt schreibt mir nun wörtlich: **„Falls sich Ihr Vater weigern sollte, Ihnen Unterhalt zu gewähren, stellen wir anheim, sich eine Verfügung auf Unterhaltsanspruch gegen Ihren Vater beim Amtsgericht zu erwirken."**

Kampffonds-Sammlung Breslau-Stadt

Es wurden bis zum 12. Mai von den einzelnen Stadtteilen abgerechnet (in Prozenten des Sammelsolls):

Stadtteil Zentrum	8 %
Stadtteil Nordost	3,4 %

Die anderen Stadtteile haben bisher noch nichts abgerechnet.

Welcher Stadtteil führt bei der nächsten Veröffentlichung?

Stadtteil West

Heute Mittwoch findet im Westpark ein Platzkonzert statt. Beginn 18,30 Uhr (6,30 Uhr). Nach dem Konzert Demonstration.

Ausflug von Jungspartakus

Jungspartakus von Nord und Nordost: Sonntag vormittag um 7 Uhr Treffpunkt Endstation Linie 6 in Schmiedefeld zum Ausflug.

Die neue „Junge Garde" ist da!

Sofort die Abonnenten beliefern, die übrigen an Sympathisierende verkaufen. Die Abrechnung der Freitagnummer muß, soweit dieses noch nicht geschehen ist, sofort an die an euch zugegangene Adresse gesandt werden. Sofort Abonnenten melden, damit ihr rechtzeitig in den Besitz der Quittungen kommt.

Bezirksvertriebsstelle der „Jungen Garde", Schlesien.

Achtung! Gefunden!

Zwei Jungpionierkittel mit Binder sind auf den Autos, die nach Waldenburg zum Roten Kindertreffen fuhren, gefunden worden. Die unglücklichen Verlierer sollen sich dieselben im Parteibüro Oderstraße 23 abholen.

Sonderveranstaltung der Piscatorbühne

für Breslaus Erwerbslose

am Freitag, dem 22. Mai, 16 Uhr „Frauen in Not", § 218, von Carl Credé. Eintrittspreise 30 und 50 Pfennig. Vorverkauf von 10 bis 18 Uhr an der Theaterkasse.

Sonderveranstaltung des „Ifa"-Besucherkreises

am Donnerstag, dem 21. Mai, 20,15 Uhr im Liebich-Theater „Frauen in Not", § 218, von Carl Credé, ausgeführt von der Piscator-Bühne Berlin. Eintrittspreise 0,50, 0,80 und 1,20 Mark. Proletarier, demonstriert gegen den § 218 durch Massenbesuch!

Ifa. IAH. Rote Hilfe. Arbeitersportler. Freidenkeropposition. Arfo. SSB. Kampfausschuß gegen § 218. RGO.

Marxistische Arbeiterschule

Stenographiekursus für Anfänger heute abend 19 Uhr bei Mosler, Uferstraße 20. Teilnehmer hierzu können sich noch melden. 21 Uhr Fortsetzung des Stenographiekursus für Fortgeschrittene.

Donnerstag, den 21. Mai, 20,30 Uhr, beginnt der Deutsch-Kursus. Teilnehmer hierzu können sich melden. Lokal: Mosler, Uferstraße 20.

Donnerstag 18 und 19 Uhr bei Mosler, Uferstraße 20, Fortsetzung des Kursus in Russisch. Gebühren für Kursus und Lehrbücher sind mitzubringen.

Thalia-Theater

„Kabale und Liebe" von Friedrich von Schiller

Nu, Ta hat Herr Barnay schon wieder einmal in die klassische Kiste gegriffen und einen Schiller herausgelangt. Wozu soll das gut sein? Daß der jugendliche Schiller ein Empörer gegen die Fürstentyrannei war, wissen wir nachgerade. Man kann das dem Publikum als Theaterleiter auch gelegentlich mal unter die Augen halten — schön! Aber dazu haben doch die „Räuber" genügt. Warum jetzt schon wieder mal Schiller? Das ist doch weiter nichts als Flucht aus der Wirklichkeit, aus der harten Gegenwart mit ihrer Fülle von Problemen in eine uns heute abgeklärt erscheinende Vergangenheit.

Die Aufführung, die Barnay inszeniert hatte, war eine gute Durchschnittsleistung. Darum also um so überflüssiger! Die Schauspieler waren bei der Sache, obgleich es für sie schwer ist, das tönende Schillersche Pathos zu sprechen. Wie immer rührend die zarte Käthe Gold. Karl Parnla als Ferdinand wuchtig und fest. Sonst noch beachtlich: Reiff und Lindemann.

Roter Sport

Achtung! Spartakiade-Teilnehmer!

Der ASV. Fanal-Nord fährt zur Spartakiade mit einem Auto. Fahrpreis 8 Mark. Vereine und Mitglieder sympathisierender Organisationen, welche sich an der Fahrt beteiligen wollen, wenden sich bis spätestens 25. Mai an Genossen Berger, Breslau, Matthiasstraße 139, bei Störmer. Erwerbslose melden ihre Adresse und das Aktenzeichen des Arbeitsamtes, damit für diese 8 Tage das Geld nicht verloren geht. Alle Teilnehmer haben bis 1. Juni 3 Mark für die Teilnehmerkarte zu legen.

Fanal-Nord I — Blau-Weiß I 9 : 0

Am vergangenen Sonntag stieg obiges Spiel auf der Brückenaue Oswitz. Zu Anfang ein flottes Spiel. Fanal gelingt es gleich am Anfang, das erste Tor einzusenden, was durch gutes Zusammenspiel des Sturmes noch mehrmals erfolgt. Blau-Weiß war etwas geschwächt dadurch, daß schon einige Spieler in der 2 mitwirkten. Kurz vor Schluß gab Oels bei einem Stande von 9 : 0 für Fanal das Spiel auf. Vorher spielten die 2. Mannschaften 0 : 0.

Mittelschlesien

Ohlau

Verleumder wollen unseren Vormarsch hemmen

Auch hier in Ohlau stoßen immer mehr Arbeiter und Mittelständler zur Roten Klassenfront. Da es an politischen Argumenten fehlt, greifen jetzt die Gegner zum Mittel der Verleumdung. Als Opfer haben sie sich den in den weiten Kreisen der Arbeiterschaft als Vorkämpfer gegen den Faschismus bekannten Genossen Fritz Schröter ausersehen. So wird nun das Gerücht verbreitet, Genosse Schröter wäre bei den Nazioten gelandet. In der Verleumdung liegt Taktik drin, denn das Motto: „Nur feste verleumdet, etwas wird schon hängen bleiben" ist der Vater der Verleumdung. Doch ein Reinfall sondergleichen: der Geschäftsleiter der Nazioten erklärte selbst, daß dieses Gerücht auf Unwahrheit beruht.

Doch allen Verleumdungen zum Trotz: die KPD. und die Nebenorganisationen erwerben in immer größerem Maße die Sympathien der Werktätigen, und die Kampffront gegen die Hungerofensive der faschistischen Republik wächst. Unter dem Sowjetbanner werden wir allen Verleumdungen zum Trotz die Massen mobilisieren und dieselben zum Kampf führen.

Strehlen

Schwerer Wolkenbruch — Eineinhalb Meter Wasser in Parterrewohnungen

Das am Sonnabend über Strehlen und Umgegend niedergegangene Unwetter brachte einen Wolkenbruch von solcher Schwere, die seit Menschengedenken nicht bekannt ist. Ueber eine Viertelstunde lang stürzten ungeheure Wassermassen hernieder. In kurzer Zeit waren alle Straßen und Plätze, die Promenaden und Gärten überflutet, da die Abflüsse die riesigen Wassermengen nicht aufnehmen konnten. Der Ring glich einem See. Fast alle Keller der Stadt waren unter Wasser gesetzt, und in vielen Parterrewohnungen stand das Wasser einen halben Meter hoch. Das Wasser brachte viel Schlamm in die Gärten und machte mühevolle Arbeit zunichte. Begleitet war der Wolkenbruch von einem schweren Gewittersturm und schweren Hagelschlägen. Die Baumblüte hat schwer gelitten, die Hoffnung auf eine gute Obsternte ist vernichtet. Es dauerte stundenlang, bis sich die Wassermassen verlaufen hatten und das Eis mit Schaufeln entfernt worden war.

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptseite, Provinz und Lokales: Ritsche, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Preißner, Berlin. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

Liegnitz

Trinkt das gute Braukommune-Bier
4918 Braukommune zu Liegnitz

Verlangt die guten Piastenbiere der Liegnitzer Aktienbrauerei A.-G.
4948

Fruchtdoctor Edelobstweine 4923

Liegnitzer Beerdigungs-Institut Paul John
Jauerstraße 20 Telephon Nr. 2125
4885

Deutsches Kaufhaus
vormals Breslauer Engros-Lager
Mittelstraße 39 und
Jauer, Ring Ecke Goldberger Str.
40776

Max Süßer
Ring Nr. 9/10
ist billig!
4250

Friedrich Boecker
Fleischerei und Wurstfabrik
Frauenstraße 50
Telephon Nr. 2858
4249

Brot- und Weißbäckerei
Alfred Herrmann, Junkernstr. 38
4874

Richard Langer, Angerstraße 15
Kolonialwaren, Tabakwaren
4692

Papierwaren nur von 4691
Fritz Mewes
Pforten Ecke Rosenstr. u. Breslauer Str. 58

Paul Tschickart, Gerichtstr. 20
Brot- und Feinbäckerei
4438

Möbel billigst **Haagstr. 1**
4689 bei **Pusch & Co.**

4920 **Mitzinger**
Gaststätten
Haynauer Straße 16 Glogauer Straße 16

Besucht die
Gast- u. Frühstückstuben
4915 „Möwe", Poststraße Nr. 4

Alfred Neugebauer
Werdermannstraße 5
40059 **Fleisch- u. Wurstwaren**

Schlesier-Stübchen
Sonnabend u. Sonntag Tanz
4441 **Glogauer Promenade**

Vereinigte Lichtspielhäuser
4686 **Liegnitz**

4919 Brot- und Feinbäckerei
Paul Schön, Ritterstr. 25

Reserviert 10
40112

Kolonialwaren
Delikatessen
Oskar Schauermann
Jauerstraße 26 4919

Hausschuhe und Pantoffeln
R. Steinbrecher
Mittelstraße 20
4686

Kauft
im Zigarrenhaus
Richard Schliwa
Haynauer Straße 4
40058

4487 Herren- und Knaben-Konfektion
Herren-Artikel
S. Harlam
Ring Nr. 46

Reserviert Nr 1
40057

Regger-Seife
4916

Brot- und Feinbäckerei
40056 **Richard Scholz**
Ritterstraße 10/11

Wild und Geflügel
Paul Sczygalski
4921 Burgstraße Nr. 53

Schuhe und Stiefel
Paul Nitschke
4690 Mittelstraße 71

Bäckerei u. Kaffeestube
GEORG KÖRNER
Kirchstraße Nr. 2
4873

Kauft nur Stoffe und Futtersachen
Herren u. Knabenbekleidung bei
4436 **Isidor Cohn, Ring 23/24**

Kleider- und Herrenstoffe 4922
Leinen- und Baumwollwaren
bei bequemer Teilzahlung nur bei
Bernh. Jakubowsky, Sophienstr. 8

Schuhhaus Remane
Carthausstr. 7 am Bahnhof
4917

P. Kwintiewitz, Burgstr. 50
4440 Schuhreparatur
Größter elektrischer Betrieb

G. H. Kühn, Schulstr. 9
4439 Gegründet 1885
Fruchtsaftpresserei, Essig u. Likörfabrik

Festsäle 4437
„Wintergarten"
Jeden Sonntag großer Ball

Kaufhaus seit 1879 4435
gut und billig **Guttfeld**

Hirschberg

3873 **Obstweine Fruchtsäfte Spirituosen**
Gebrüder Cassel, A.-G., Greiffenberger Straße

Simon Sachs, Leder
Größtes Spezialgeschäft für
Schuhmacherbedarfsartikel
3869 Lichte Burgstraße 21

Gustav Hornig
Drahtzieherstraße 12 Großdestillation
3870

Gertrud Ulke 3871
Damenhüte / Greiffenberger Straße 18

H. Franke, Markt 42
Greiffenberger Straße 11
Feine Fleisch- und Wurstwaren
3872

Reserviert! A.
3874

Max Behrendt
Das gutbekannte Spezialhaus
für Herren- und Knaben-Kleidung
3875

Karl Sonntag
Warmbrunner Straße 16 3876
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren

Carl Marquardt Brauerei Langes Haus
3877

3878

Lauban

Lebensmittel — Konfitüren
Dein Weg soll stets zu Leuschner führen
Görlitzer Straße 9 4927

Hotel Bellevue
Zweitgrößte Vergnügungstätte
Niederschlesiens 4026

R. Summa, Kerzdorfer Straße 3
Lebens- und Genußmittel 4920

Anton Pilz, Brüderstr. 13 4930
Mühlenprodukte, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren

Wurstfabrik Gerhard Hentschel
Frühstückstube — Versandhaus für
Dauerware Fernsprecher 238
4932

Otto Baum, Görlitzer Straße 3
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
4934

Kurt Kühn, Görlitzer Straße 5
Fleisch- und Wurstwaren
4935

F. Fronzek, Breite Straße 20
Fleisch- und Wurstwaren
4936

Bäckerei Gross
Lichtenauer Straße 2 4937

Christian Kasper 4938
Farben-, Lacke-Spezialgeschäft

H. Simon
Poststraße 4
Fleisch- und 4933
Wurstwaren

Reserviert

Bett-Federn, -Decken
Wilhelm Frechlich
Lauban, Kreuzgasse
Wäsche
4931

Gottesberg

Kauft bei Leonhardt eure Rauchwaren
Fürstensteiner Straße 38 40072

Trinkt Milch
aus der Gottesberger Molkerei
Schützenstraße 12 4452

Möbel, reell und preiswert 4453
G. Thiemt, Inh. Fr. Franke
Fürstensteiner Str. 19 Gegr. 1860

Alfons Grammel, Fürstensteiner Straße 14
Kolonialwaren und Delikatessen 4454

Gust. Stelzer, Fürstensteiner Str. 11
Filiale: Kolonie Hochwald 4455
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Besucht das 4456
Reform-Kurbad

Arbeiter, kauft Lebensmittel bei
E. Timmermann, Niederstr. 10 4457

Arbeiter, kauft eure Kolonialwaren, Zigarren u. Spirituosen
bei **Paul Feige**
Gottesberg, Grüssauer Straße 4
Filiale: Friedland 4458

Ia Fleisch- und Wurstwaren 4459
Kurt Scharf, Am Alten Berge 1

Deckt euren Bedarf in **Lebensmitteln**
bei **Bruno Fiegert**, Mittelstr. 2 4460

Gustav Schüller, Heidstr. 12 4461
Prima Fleisch- und Wurstwaren

Königszelt

Kolonialwaren, Mühlenprodukte
Max Gehre, Am Bahnhof 4897

Bäckerei und Konditorei
Paul Kronke, Schweidnitzer Str. 8 4896

Kotzenau

Rind- und Schweineschlächterei
C. Schulz, Haynauer Straße 12 40039

Das führende und leistungsfähigste
Kaufhaus am Platze
4897 **Berthold Fraenkel**
Das Haus der billigen Preise

Kaufhaus Hermann Krause 4898
Manufaktur-, Modewaren u. Konfektion

Grünberg

Stadtsparkasse Grünberg i. Schl.
4288 mit Bankabteilung

GAS 4726
ist die beste u. billigste Wärmequelle

Kunella-Gold
mit den wertvollen
Kunella-Bons
4875 gibt es nur in den
Kunella-Butterhandlungen

Gustav Staub
Beste Bezugsquelle für
Woll-, Weiß- und Manufakturwaren
4286 **Berufskleidung. Ring 35**

W. Grau
Damen-Konfektion
Aussteuer-Waren
Kleiderstoffe
preiswert und gut
4727

Sämtliche Fleisch- u. Wurstwaren
zu den niedrigsten Marktpreisen
empfiehlt 4284
Louise Becker, Bismarckstraße 9

Schuh-Jäckel
Bismarckstraße 45
billig 4283 **gut**

Trinkt Grünberger Bergschloß-Biere 4285

Milch die beste und billigste Nahrung
für Kinder und Erwachsene 4724
Molkerei Lättnitz
Fil. Neumarkt,
Schützenstraße 17, Niederstraße 53

Kauft bei Gutfeld
Gutfeld Ist billig 4285 Breite Straße 3

Reserviert

August Litzke
Beste Bezugsquelle in
Trauben- u. Beeren-Weinen
Spirituosen aller Art
Ruf 407 — Versand
nach allen Orten. 4725

Neusalz

Spare bei der Städtischen Sparkasse
4733 **zu Neusalz a. d. O.**

Florian-Lichtspiele 4729
Modernstes Theater am Platze / Stets das Neueste in stummen u. Tonfilmen

Rudolf Fechner, Fleischermstr. 4731
Feine Fleisch- u. Wurstwaren / Frühstückstube

Stadtbad Neusalz, das Volksbad
Alle Arten Bäder bei billigster Berechnung
4735 Städtische Werke, Abt. Stadtbad

Arbeiterkleidung
nur Qualitätsware 4730
Friebel & Grote, Friedrichstr. 15

Berta Ludwig 4734
Woll- und Weißwaren
Kirchstraße 10

Weiß- u. Wollwaren
Alfred Müller
Vorzeiger der Anzeige
erhalten 5 Proz. Rabatt
4732

Erich Klose
Fahrräder, Motorräder
Nähmaschinen, Radio
Reparaturwerkstatt
Schillerstraße 4
Tel. 201 4728

Reserviert

Nieder-Hermsdorf

Bäckerei und Konditorei
Johannes Bräuer, Gottesberger Str. 9 4447

Ida Zwiener, Hauptstraße 29
Billige Einkaufsquelle für 4448
Reste, Partiewaren, Bettfedern

Kauft bei A. R. Opitz
Gottesberger Straße 6 4449

Oskar Blase, Gottesberger Str. 25
Brot- und Feinbäckerei 4450

Prima Fleisch- und Wurstwaren 4451
Herbert Deutschmann, Gottesberger Str. 8

Greiffenberg

Kaufhaus J. Gutmann Kirchstr. 3
Damenkonfektion, Kleiderstoffe
Weiß- und Wollwaren 4679

Friseur und Puppenklinik 4676
Ernst Haase, Laubaner Straße 48

Erich Küttner, Klenbergstr. 17 4677
prima Roßfleisch- und Wurstwaren

Förster & Klauschen
Laubaner Straße 46 4675
Weine und Spirituosen

Schuh-Haus Paul Quelsser Zittauer Straße 8
Eigene Reparaturwerkstatt 4672

Fa. Herm. Arnold
Inhaber: Richard
4673 **Bauer**
Kohlen, Briketts
Brennholz

Walters Gasthaus
Inh. G. Trogisch 4674
Verkehrslokal der Werktätigen!

Schosdorf b. Greiffenberg

Alfred Fiedler 4670
Brot- und Feinbäckerei

Willi Stammnitz 4671
Pa. Fleisch- u. Wurstwaren

Friedland

CARL TSCHERSICH
Billigste Bezugsquelle für Herren- und
4913 **Knaben-Bekleidung**

Teilhammer

Kauft in der **Drogerie „zum Bergmann"**
4907 Farben, Lacke, Pinsel

Markliss

Schneider's Zigarrenhaus
4939 Schulstraße Nr. 34

4940 Erich Schnabel
Drogen, Farben, Kolonialwaren

Reserviert
4944

Paul Rinke
vorm. Rudolf Weiß
Kolonialwaren
4941 Markt 281

A. Gloger
Laubaner Str. 230
Baderstraße 185
4943 Lebensmittel

Erich Schnabel
4940 **Drogen • Farben • Kolonialwaren**

G. Posselt
4942 **Textil- und Schuhwaren**

Reserviert

Hirschberg

Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
Fritz Rücker
4680 **Kontessastraße Nr. 1**

Pa. Roßfleisch u. Wurstwaren, Frühstücksstube
Hermann Rink
3928 Aeußere Burgstraße Nr. 3

Reserviert 5976
3927

Strümpfe Königsberger
Schildauer Straße
Wäsche
3930

KOLONIALWAREN
Friedrich Reinert
4462 **Am Burgturm**

Buchdruckerei S. HAUSDORFF
3931 Langstraße 2

Spare sicher! ★ **Stadt-Sparkasse Hirschberg** ★ **Mündelsicher!**
3929